

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Deutsche Konjunktur im Winter 2019

Abgeschlossen am 11. Dezember 2019

© Birgit Wolfrath – IfW Kiel

Nr. 62 (2019|Q4)

*Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler, Dominik Groll,
Nils Jannsen, Stefan Kooths, Saskia Möhle und
Ulrich Stolzenburg*

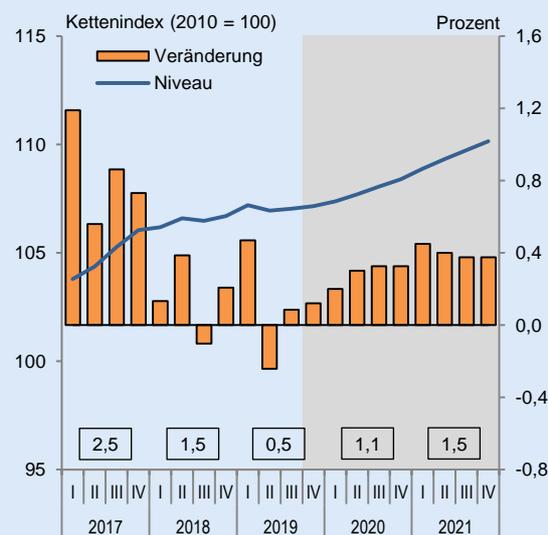
ABSCHWUNG FLAUT NUR ALLMÄHLICH AB – INDUSTRIESCHWÄCHE VERZÖGERT DIE ERHOLUNG

Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Saskia Mösle und Ulrich Stolzenburg

Die Konjunktur in Deutschland fasst nur allmählich wieder Tritt. Nach einem schwachen Sommerhalbjahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt auch im Abschlussquartal des laufenden Jahres kaum mehr als stagnieren. Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt dabei zweigeteilt. Maßgeblich für den anhaltenden Abschwung, der bereits im vergangenen Jahr einsetzte, ist die deutlich rückläufige Industrieproduktion; mittlerweile befindet sich die Industrie sogar in der Rezession. Dazu beigetragen hat vor allem das eingetübte weltwirtschaftliche Umfeld, wobei die hohe weltweite wirtschaftspolitische Unsicherheit die auf die Produktion von Investitionsgütern spezialisierte deutsche Wirtschaft in besonderem Maße belastet. Mittlerweile hat sich auch in Deutschland das Investitionsklima spürbar verschlechtert. In der Folge dürften die Unternehmen ihre Investitionstätigkeit in den kommenden Quartalen noch einmal deutlich zurückfahren. Die schwache Industriekonjunktur zieht auch die unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen zunehmend in Mitleidenschaft. Demgegenüber befinden sich die konsumnahen Dienstleistungsbereiche weiter auf Expansionskurs. Trotz des nunmehr deutlich langsameren Beschäftigungsaufbaus ziehen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte weiter deutlich an. Neben den weiter recht kräftigen Lohnzuwächsen tragen dazu auch zahlreiche einkommenserhöhende Maßnahmen seitens der Finanzpolitik bei. Die Baubranche boomt nach wie vor, nicht zuletzt aufgrund der weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen. Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion allmählich wieder etwas beleben. Dafür spricht auch die wieder leicht anziehende Weltkonjunktur. In der Folge dürfte die Industrieproduktion ihren Boden finden und zumindest wieder etwas anziehen. Eine große Dynamik wird die Konjunktur dabei freilich nicht entfalten. Zwar dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 mit 1,1 Prozent deutlich stärker zulegen als im laufenden Jahr, für das sich ein Anstieg von 0,5 Prozent abzeichnet. Für die höhere Zuwachsrate im kommenden Jahr ist jedoch vor allem die dann höhere Zahl an Werktagen verantwortlich. Die Budgetüberschüsse der öffentlichen Haushalte werden deutlich zurückgehen: Während die Ausgaben weiterhin kräftig ausgeweitet werden, werden die Einnahmen durch die schwache Konjunktur spürbar belastet. Nach dem Rekordüberschuss in Höhe von über 60 Mrd. Euro im Jahr 2018 rechnen wir für das Jahr 2021 mit einem leichten Defizit.

Das Jahr 2019 stand im Zeichen des Abschwungs. Nachdem im ersten Quartal noch Aufholeffekte produktionsausweitend wirkten, hat die deutsche Wirtschaft im Sommerhalbjahr praktisch stagniert. Auch für das Schlussquartal zeichnet sich keine nennenswerte Dynamik ab (Abbildung 1). Dementsprechend hat sich die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung in diesem Jahr deutlich – etwa um einen Prozentpunkt – zurückgebildet. Die Produktionslücke dürfte sich damit weitgehend geschlossen haben. Getrieben wird der Abschwung durch die Entwicklung in der Industrie, wo die Produktion seit 17 Monaten im

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt 2017–2021



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Kasten 1: Wie stark strahlt die Industrierezession auf die Dienstleistungsbranchen aus? (S. 14)

Tabelle 1:
Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2018–2021

	2018	2019	2020	2021
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,5	0,5	1,1	1,5
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	1,5	2,0	1,9	1,8
Verbraucherpreise	1,7	1,4	1,5	1,6
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	0,3	-0,1	0,3	1,2
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	44.854	45.253	45.488	45.719
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,2	5,0	4,9	4,9
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	1,9	1,5	0,7	-0,0
Schuldenstand	61,7	58,7	56,2	54,7
Leistungsbilanz	7,4	7,7	7,9	7,5

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*, grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Trend rückläufig ist und die Wertschöpfung fünf Quartale in Folge abnahm. Der Rückgang der Kapazitätsauslastung hat sich somit deutlich beschleunigt. Nahm im Verlauf des Vorjahres die Auslastung nach Überschreiten des oberen Wendepunktes im ersten Quartal des Jahres 2018 um 1,1 Prozentpunkte ab, so betrug der Rückgang im laufenden Jahr weitere 4,5 Prozentpunkte. Die Normalauslastung wird damit mittlerweile unterschritten und die Industrie ist in eine – bislang noch milde – Rezession eingetreten. Die deutlich abgekühlte Konjunktur in den Industriebereichen strahlt auf die unternehmensnahen Dienstleister aus (Kasten 1). Demgegenüber zeigen sich die konsumnahen Wirtschaftsbereiche sowie die Bauwirtschaft weiter auf Expansionskurs. Das gespaltene Konjunkturbild spiegelt im Großen und Ganzen gegenläufige Entwicklungen zwischen Binnen- und Weltkonjunktur wider. Während die Industriebereiche dämpfenden außenwirtschaftlichen Kräften ausgesetzt sind – insbesondere einer weltweit schwachen Investitionstätigkeit –, was wiederum auch die Unternehmensinvestitionen hierzulande dämpft, wird die Bauwirtschaft weiterhin durch extrem günstige Finanzierungsbedingungen befeuert und die konsumnahen Bereiche profitieren von einer immer noch robusten Arbeitsmarktentwicklung sowie von fiskalischen Einkommenshilfen für die privaten Haushalte. Dem Arbeitsmarkt kommt zugute, dass in den Dienstleistungsbereichen immer noch Beschäftigung aufgebaut wird. Zwar kommt damit der Arbeitsmarkt bislang nur mit

wenigen Schrammen durch den Abschwung, das mittlerweile nicht mehr beschäftigungsfördernde Niveau der realen Lohnstückkosten weist aber darauf hin, dass die Beschäftigungsrisiken gestiegen sind.

Nach einem Plus von 0,5 Prozent im laufenden Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt im weiteren Prognosezeitraum um 1,1 Prozent (2020) und 1,5 Prozent (2021) zulegen. Maßgeblich für ein Wiederanziehen der konjunkturellen Dynamik ist die Entwicklung in der Industrie. Hier zeichnete sich zuletzt bei wichtigen Stimmungsindikatoren wie auch bei den Auftragseingängen eine Bodenbildung ab. Insbesondere im Auslandsgeschäft ist eine leichte Aufwärtstendenz erkennbar. Dämpfend wirken allerdings zunächst weiterhin Akzeleratoreffekte auf die heimische Investitionstätigkeit. Erfahrungsgemäß dauert es im Schnitt etwa fünf Quartale, bis die industrielle Kapazitätsauslastung nach Unterschreiten des Normalniveaus wieder Tritt fasst und die Erholungsphase einleitet. Demzufolge ist mit einem deutlichen Wiederanziehen der Industrie nicht vor der zweiten Hälfte des Jahres 2020 zu rechnen. Während der industriellen Durststrecke dürften die binnenwirtschaftlichen Expansionskräfte (Konsum, Bau) ausreichen, um die gesamtwirtschaftliche Produktion auch schon vorher moderat steigen zu lassen. Nach unserer Herbstprognose wurde seitens der Sozialpolitik auf die revisionsbedingte Unwucht reagiert, die die bisherige Fassung der Rentenformel für die Rentenanpassungen jeweils

zur Mitte des Jahres 2020 und 2021 zur Folge gehabt hätte (Boysen-Hogrefe und Groll 2019: [IfW Box 2019.9](#)). Der Anstieg der gesetzlichen Renten vollzieht sich nunmehr gleichmäßiger über beide Jahre, was auch den Verlauf des privaten Konsums insgesamt glättet. Die stärkere konjunkturelle Dynamik in der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums rührt maßgeblich von einem wieder etwas lebhafteren Auslandsgeschäft und – im Einklang damit – auch wieder mit aufwärts gerichteten Ausrüstungsinvestitionen, während die Konsumausgaben in etwa ihr Tempo des laufenden Jahres beibehalten. Im kommenden Jahr ist zwar die Jahresrate für das Bruttoinlandsprodukt durch einen ausgeprägten Arbeitstageffekt um 0,4 Prozentpunkte überzeichnet (Tabelle 2), aber auch die Jahresverlaufsraten weisen nach einem Wert von 0,4 Prozent (2019) mit 1,2 Prozent (2020) und 1,6 Prozent (2021) in beiden Prognosejahren auf eine wieder anziehende Dynamik hin.

Tabelle 2:
Statistische Zerlegung der Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes 2018–2021

	2018	2019	2020	2021
Ursprungswerte	1,5	0,5	1,1	1,5
Kalendereffekt (Prozentpunkte)	0,0	0,0	0,4	0,0
kalenderbereinigt	1,5	0,6	0,7	1,5
Statistischer Überhang	1,1	0,2	0,1	0,5
Verlaufsrate	0,6	0,4	1,2	1,6

Preisbereinigt, in Prozent; Statistischer Überhang: Jahreszuwachsrate, die sich ergäbe, wenn das Bruttoinlandsprodukt in allen vier Quartalen unverändert bliebe; Verlaufsrate: Vorjahresrate im vierten Quartal auf der Basis saison- und kalenderbereinigter Quartalswerte; Abweichungen bei der Zerlegung rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und Reihe 1.3*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Monetäre Rahmenbedingungen

Grundlegende Aspekte der Geldpolitik sind auf lange Zeit festgezurr. Nach ihrer Ratssitzung im September verkündete die Europäische Zentralbank (EZB) einen Katalog an Maßnahmen mit dem erklärten Ziel, für einen längeren Zeitraum eine hochexpansiv ausgegerichtete Geldpolitik zu fahren und dadurch die Inflationsrate anzuheben. Zu diesen Maßnahmen zählt erstens die Absenkung des Einlagesatzes um 10 Basispunkte auf -0,5 Prozent

(Haupt- und Spitzenrefinanzierungssatz wurden bei 0 bzw. 0,25 Prozent belassen) und die Ankündigung, mit einer etwaigen Leitzinsanhebung warten zu wollen, bis eine „robuste Konvergenz“ der Inflation auf das Zentralbankziel sichtbar wird. Zweitens sollen ab November 2019 und bis kurz vor dem Zeitpunkt, ab dem die Zinsen angehoben werden, monatliche Wertpapierkäufe in Höhe von 20 Mrd. Euro getätigt werden. Um tatsächlich Käufe in diesem Umfang durchführen zu können, ist es nötig, die Parameter des Programms zu ändern. In einem ersten Schritt verkündete die EZB bereits im September, nun private Anleihen auch mit einer Rendite unterhalb des Einlagesatzes kaufen zu wollen. Dies allein dürfte aber bei Weitem nicht ausreichen, um die beabsichtigten Kaufvolumina zu erreichen. Drittens will die EZB die Rückflüsse aus fällig werdenden Anleihen in ihrem Bestand auch für längere Zeit nach einer Zinserhöhung reinvestieren. Viertens bietet die EZB die neuesten Tranchen der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG) nun mit einer Laufzeit von drei anstelle von zwei Jahren an. Die Zinssätze auf diese sollen höchstens dem Durchschnitt des Hauptrefinanzierungssatzes während der Laufzeit des Geschäfts entsprechen. Wenn die Nettokreditvergabe einer Bank einen Referenzwert überschreitet, sollen sie bis auf den durchschnittlichen Einlagesatz gesenkt werden können. Fünftens wurde beschlossen, ein zweistufiges Zinssystem einzuführen, durch welches ein Teil der Überschussreserven der Banken von der Negativverzinsung ausgenommen wird.

Eine geldpolitische Kursänderung durch die EZB ist im gesamten Prognosezeitraum nicht zu erwarten. Durch die langen Laufzeiten der GLRG und die umfassende Forward Guidance in Bezug auf Zentralbankzinsen und Wertpapierkaufprogramm sind wesentliche Straffungsmaßnahmen wohl für den gesamten Prognosezeitraum vom Tisch. Gleichzeitig sind in Anbetracht von Verlautbarungen aus dem Rat der EZB, wonach eine erhebliche Zahl an Mitgliedern den jüngsten Maßnahmenkatalog nicht mittragen mochte, auch weitere Lockerungen unwahrscheinlich. Nachjustierungen sind zunächst nur bei dem Umfang zu erwarten.

ten, in dem Einlagen bei der EZB von der Negativverzinsung ausgenommen werden.

Das günstige Finanzierungsumfeld bleibt bestehen. Ausweislich der Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken (Bank Lending Survey) strafften die Banken in Deutschland zuletzt die Kreditrichtlinien für Unternehmensfinanzierungen etwas, und auch die Kreditbedingungen bei Wohnungsbaukrediten an private Haushalte wurden verschärft.¹ Gleichwohl sahen sich die Banken in beiden Bereichen einer robust steigenden Kreditnachfrage gegenüber. Dazu dürften nicht zuletzt die weiterhin äußerst niedrigen Darlehenszinsen beigetragen haben. Im Oktober neuvergebene Wohnungsbaukredite mit Laufzeiten zwischen einem und fünf Jahren wurden mit 1,3 Prozent verzinst, während für größere bzw. kleinere Unternehmensdarlehen 1,3 bzw. 2,4 Prozent aufgerufen wurden. Auch die Kapitalmarktfinanzierung bleibt sehr günstig. Zwar stieg die Rendite von Bundesanleihen mit Restlaufzeiten von über drei Jahren seit August leicht, kam aber auch im November nicht über -0,3 Prozent hinaus. Die Verzinsung von Unternehmensanleihen setzt ihren Abwärtstrend sogar weiter fort und betrug zuletzt nur noch 2,2 Prozent. Wir rechnen für den gesamten Prognosezeitraum mit einem Fortbestehen des niedrigen allgemeinen Zinsniveaus.

Die Kreditexpansion setzt sich ungebrochen fort. Im Oktober lag die Summe der Kredite an den nichtfinanziellen privaten Sektor um 4,9 Prozent über ihrem Vorjahreswert. Dabei ging die Zuwachsrate der Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen etwas zurück auf 5,9 Prozent, während sich gleichzeitig der Zuwachs bei den Wohnungsbaukrediten an private Haushalte auf 5,3 Prozent beschleunigte.

¹ Kreditrichtlinien bezeichnen die internen Vorgaben einer Bank, die vor den Verhandlungen über einen konkreten Kredit festlegen, welche Art von Krediten die Bank prinzipiell für wünschenswert erachtet (sektorale oder regionale Prioritäten, Einkommens- oder Bilanzsituation, Alter oder Beschäftigungsstatus des Nachfragers etc.). Sie legen generelle Voraussetzungen fest, die ein Kreditnehmer erfüllen soll, damit die Bank eine Kreditvergabe in Erwägung zieht. Demgegenüber beschreiben die Kreditbedingungen die Konditionen (Zinsen, Kreditsumme, Laufzeit, zu stellende Sicherheiten etc.), zu denen die Bank bereit ist, einen Kredit zu gewähren.

Die sonstigen Kredite an private Haushalte expandierten weiterhin deutlich langsamer mit 1,9 Prozent. Insgesamt zeichnet sich damit für das vierte Quartal wieder ein positiver Kreditimpuls ab.

Außenhandel

Die Ausfuhren zogen trotz der anhaltenden Flaute der weltweiten Industrieproduktion zuletzt wieder an. Im dritten Quartal legten die Ausfuhren spürbar zu, jedoch holten sie den Rückgang vom Frühjahr nicht ganz auf. Während die nominalen Warenausfuhren in den Euroraum kaum mehr als stagnierten, wurden sie in das übrige Europa merklich ausgeweitet. Vor allem die Lieferungen in das Vereinigte Königreich stiegen stark; dorthin waren die Warenexporte im Frühjahr besonders kräftig zurückgegangen, was nicht zuletzt mit dem ursprünglich für Ende März vorgesehenen Austritt aus der Europäischen Union in Zusammenhang gestanden haben dürfte. Ebenfalls lebhaft, wenngleich etwas weniger dynamisch als im zweiten Quartal, war der Absatz der deutschen Exporteure in den Vereinigten Staaten und in den ölexportierenden Ländern. Die Warenausfuhren nach China und – deutlicher – an das übrige Asien gingen dagegen erneut zurück. Auch nach Russland waren die Warenausfuhren nach einem starken Vorquartal deutlich rückläufig.

Zum Jahresende werden die Ausfuhren voraussichtlich in ähnlichem Tempo expandieren wie im dritten Quartal. Darauf deuten vor allem die Warenausfuhren im Spezialhandel hin, die im Oktober in preisbereinigter Rechnung bei 1,0 Prozent über dem Vorquartal lagen. Andere Frühindikatoren zeigen nach wie vor ein gemischtes Bild. So erholten sich die Auftragseingänge der Industrie aus dem Ausland, die seit Anfang 2018 deutlich zurückgegangen waren, in den vergangenen Monaten in der Tendenz etwas; der recht kräftige Anstieg im Oktober war jedoch überwiegend auf eine sprunghafte Ausweitung der allgemein volatilen Großaufträge zurückzuführen. Darüber hinaus stabilisierten sich die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe nach ihrem Einbruch im dritten Quartal zuletzt auf niedrigem Niveau. Die Unternehmenszuversicht in den deutschen Abnehmer-

ländern verschlechterte sich dagegen weiter und immer weniger Unternehmen schätzen ihren Bestand an nicht abgearbeiteten Aufträgen aus dem Ausland als günstig ein. Vor diesem Hintergrund dürften die Exporte das recht hohe Expansionstempo des zweiten Halbjahres zu Beginn des Jahres 2020 wohl zunächst nicht halten.

Im übrigen Prognosezeitraum expandieren die Ausfuhren verhalten und gewinnen nur allmählich wieder an Fahrt. Maßgeblich ist, dass sich die Konjunktur in den deutschen Exportmärkten und der Welthandel nur zögerlich beleben wird (Gern et al. 2019). Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird sich nach einer deutlichen Verbesserung in diesem Jahr im weiteren Verlauf nur noch leicht verbessern. Alles in allem werden die Ausfuhren in den kommenden beiden Jahren um 2,8 bzw. 2,5 Prozent zunehmen, nach 1,3 Prozent im laufenden Jahr. Die höhere Zuwachsrate im Jahr 2020 ist dabei auf einen Kalendereffekt zurückzuführen.

Die Einfuhren legen im Prognosezeitraum mit mäßigen Raten zu. Die Importe blieben im dritten Quartal zum zweiten Mal in Folge in etwa unverändert. Im Schlussquartal dürften sie nicht zuletzt angesichts der lebhaften Exporttätigkeit recht kräftig zulegen. Dafür sprechen auch die vorliegenden monatlichen Zahlen in Abgrenzung des Spezialhandels. Im weiteren Verlauf werden die Importe aufgrund der schwachen Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen und der Ausfuhren zunächst mit niedrigen Raten – gleichwohl stärker als die Ausfuhren – expandieren und nur langsam an Fahrt gewinnen. Alles in allem rechnen wir für das laufende Jahr mit Ausweitungen der Importe von 2,4 Prozent, gefolgt von 2,9 Prozent im kommenden Jahr und 3,6 Prozent im Jahr 2021.

Die Terms of Trade haben sich in diesem Jahr merklich verbessert. Nach einem deutlichen Anstieg der Terms of Trade im ersten Halbjahr, verbesserten sie sich im dritten Quartal aufgrund rückläufiger Ölpreise und des damit verbundenen Sinkens der Importpreise weiter. Im vierten Quartal dürfte die Abwertung des effektiven Wechselkurses wohl dazu führen, dass die Importpreise etwas stärker

steigen als die Exportpreise und sich die Terms of Trade geringfügig verschlechtern. Insgesamt ergibt sich für das laufende Jahr eine Verbesserung der Terms of Trade um 0,8 Prozent. In den kommenden beiden Jahren werden sie sich gegeben unserer Wechselkurs- und Ölpreisannahmen kaum verändern. Für den Durchschnitt des Jahres 2020 ergibt sich bedingt durch das hohe Ausgangsniveau zu Jahresbeginn allerdings eine Verbesserung um 0,5 Prozent.

Heimische Absorption

Die heimische Absorption wird durch die schwächere Investitionstätigkeit der Unternehmen vorübergehend gebremst. Im dritten Quartal wurde die heimische Absorption – abgesehen von den stark schwankenden Vorratsveränderungen – wieder etwas rascher ausgeweitet als im zweiten Quartal. Insgesamt ist die Binnenkonjunktur jedoch zweigeteilt. Während der private Verbrauch (Anstieg im dritten Quartal um 0,4 Prozent) und die Bauinvestitionen (1,2 Prozent) weiter einem recht robusten Expansionspfad folgen, tendieren die Unternehmensinvestitionen angesichts der eingetrübten Konjunktur und der hohen weltweiten wirtschaftspolitischen Unsicherheit deutlich zur Schwäche. Im dritten Quartal legten sie nach dem kräftigen Rückgang im zweiten Quartal zwar wieder leicht zu; dieser Anstieg war aber wohl auch Sondereffekten geschuldet. Im Winterhalbjahr wird das eingetrübte Investitionsklima voraussichtlich zu spürbar geringeren Unternehmensinvestitionen führen. Der private Konsum wird aufgrund der weiter recht kräftigen Einkommenszuwächse und spürbarer finanzpolitischer Impulse deutlich aufwärts gerichtet bleiben. Auch die Bauinvestitionen dürften angesichts der weiter sehr anregenden Rahmenbedingungen ihren Expansionskurs – abgesehen von Schwankungen im Quartalsverlauf – fortsetzen. Insgesamt wird die letzte inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen) im Jahr 2020 mit 1,4 Prozent (letzte inländische Verwendung insgesamt: 1,0 Prozent) voraussichtlich merklich langsamer ausgeweitet werden als im laufenden Jahr, in dem sie wohl um 1,8 Prozent (1,0 Prozent) zulegen wird. Für das Jahr 2021, wenn sich die Unternehmensinvestitionen

wieder gefangen haben dürften, rechnen wir mit einer Zuwachsrate von 1,9 Prozent (1,9 Prozent).

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte steigen weiter kräftig. Angesichts eines schwächeren Beschäftigungsaufbaus wird die Lohnsumme in den beiden kommenden Jahren mit reichlich 3 Prozent zwar wohl nicht mehr ganz so rasch zulegen wie in den Jahren zuvor. Dem entgegen stehen jedoch zahlreiche einkommenserhöhende Maßnahmen seitens der Finanzpolitik. So wird die für das Jahr 2021 geplante teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags zu einem kräftigen Anstieg bei den Nettolöhnen und -gehältern führen und für sich genommen die verfügbaren Einkommen um etwa 0,5 Prozent erhöhen. Zudem dürften die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte nach einem deutlichen Rücksetzer im laufenden Jahr um knapp 2 Prozent in den kommenden beiden Jahren zumindest wieder leicht aufwärts gerichtet sein. Insgesamt rechnen wir mit Anstiegen der verfügbaren Einkommen um 2,8 Prozent in 2020 gefolgt von 3,3 Prozent in 2021 nach reichlich 3 Prozent im laufenden Jahr.

Die privaten Konsumausgaben setzen ihren robusten Aufwärtstrend fort. Die Preissteigerungen für Konsumausgaben werden voraussichtlich nur leicht anziehen von 1,3 Prozent im laufenden Jahr auf 1,5 Prozent im Jahr 2021 und somit die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen kaum zusätzlich belasten. Die Sparquote der privaten Haushalte ist seit dem Jahr 2013 deutlich gestiegen. In den vergangenen Quartalen hat sie sich jedoch kaum noch geändert. Für den Prognosezeitraum rechnen wir damit, dass sie ihr Niveau aus dem dritten Quartal von saisonbereinigt 10,9 in etwa hält. Vor diesem Hintergrund werden die privaten Konsumausgaben im laufenden und im kommenden Jahr wohl jeweils um 1,5 Prozent zulegen. Für das Jahr 2021 rechnen wir mit einem Anstieg von 1,7 Prozent.

Die Bauinvestitionen bleiben deutlich aufwärts gerichtet. Für das Abschlussquartal deuten die Frühindikatoren, insbesondere die Bauproduktion für den Oktober, zwar auf einen

Rückgang hin. Angesichts der weiter äußerst anregenden Rahmenbedingungen, darunter nicht zuletzt die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen, werden die Bauinvestitionen aber in der Grundtendenz weiter spürbar ausgeweitet werden. Da die Unternehmen in der Baubranche weiterhin an der Kapazitätsgrenze operieren, würden sich leichte Rückgänge bei der Nachfrage ohnehin zunächst vor allem in etwas geringeren Preisanstiegen bemerkbar machen. Alles in allem werden die Bauinvestitionen in den kommenden beiden Jahren voraussichtlich um 2,2 Prozent (2020) bzw. 2,5 Prozent (2021) zulegen, nach einem Anstieg von knapp 4 Prozent im laufenden Jahr.

Die Unternehmen fahren ihre Investitionen vorübergehend zurück. Das Investitionsklima hat sich in den vergangenen Quartalen spürbar verschlechtert. Neben den eingetrübten Absatzaussichten im In- und Ausland trägt dazu auch das nach wie vor hohe Maß an weltweiter wirtschaftspolitischer Unsicherheit bei. Bereits im zweiten Quartal haben die Unternehmen ihre Ausrüstungsinvestitionen deutlich zurückgefahren. Im dritten Quartal dürften Vorzieheffekte aufgrund der seit September gültigen zweiten Stufe des Zulassungsverfahrens Worldwide Harmonized Light Vehicle Test Procedure (WLTP 2) für Pkw zu dem leichten Anstieg beigetragen haben. Überlagert wurde diese Entwicklung im Sommerhalbjahr durch die ausgesprochen großen Schwankungen bei den öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen (sie machten im Jahr 2018 rund 7 Prozent der gesamten Ausrüstungsinvestitionen aus), so dass die Ausrüstungsinvestitionen insgesamt im dritten Quartal deutlich zurückgingen, nach einem leichten Anstieg im zweiten Quartal. Für das laufende Quartal deuten die Frühindikatoren, wie die Inlandsumsätze der Investitionsgüterhersteller im Oktober, auf einen kräftigen Rückgang der Investitionen hin. Die rückläufigen Auftragseingänge aus dem Inland sprechen dafür, dass sich diese Schwäche auch in das kommende Jahr hinein zieht. Vor diesem Hintergrund werden die Ausrüstungsinvestitionen im kommenden Jahr wohl um rund 3 Prozent zurückgehen. Für die Bauinvestitionen und die sonstigen Anlageinvesti-

tionen der Unternehmen rechnen wir damit, dass sie diese Entwicklung tendenziell nachvollziehen, wenn auch wie üblich weniger akzentuiert.

Entstehung

Die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe ohne Bau ist in den vergangenen fünf Quartalen um rund 5 Prozent gesunken. Angesichts der mittlerweile unterdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung befindet sich die Industrie damit in einer Rezession. Dazu beigetragen hat nicht zuletzt die sich abkühlende Weltkonjunktur, wobei die anhaltend hohe weltweite wirtschaftspolitische Unsicherheit besonders stark auf der deutschen Wirtschaft lasten dürfte, ist sie doch im Vergleich zu anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften in besonderem Maße auf die Ausfuhr von Investitionsgütern spezialisiert (Jannsen 2019). Zudem macht sich der weltweit schwache Pkw-Absatz in Deutschland, wo die Herstellung von Kraftfahrzeugen einen recht hohen Anteil an der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ausmacht, besonders bemerkbar. Aber auch Produktionsumstellungen und -verlagerungen dürften zu dem kräftigen Rückgang der Produktion im Wirtschaftszweig „Kraftwagen und Kraftwagenteile“ – im Oktober lag sie um rund 15 Prozent unterhalb ihres Vorjahresniveaus – maßgeblich beigetragen haben. Zwar kam es im Oktober noch einmal zu einem kräftigen Rückgang der Industrieproduktion. Allerdings haben sich zuletzt die Zeichen gemehrt, dass sie sich nun allmählich wieder stabilisieren wird. So sind die Auftragseingänge seit mehr als einem halben Jahr in der Tendenz nicht mehr rückläufig. Auch hat sich die Unternehmenszuversicht im Verarbeitenden Gewerbe zuletzt – freilich auf niedrigem Niveau – stabilisiert. Schließlich war der Welthandel zuletzt wieder leicht aufwärts gerichtet. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass sich die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe ohne Bau nach einem abermaligen Rückgang im vierten Quartal allmählich wieder stabilisiert.

Die Industrierezession macht sich zunehmend auch in den Dienstleistungsbranchen bemerkbar. Angesichts der recht hohen Lieferverflechtungen zwischen den unterneh-

mensnahen Dienstleistungen und dem Verarbeitenden Gewerbe hat die Industrierezession die Bruttowertschöpfung in diesen Branchen in den vergangenen Quartalen bereits merklich gedämpft. Auch in den kommenden Quartalen dürfte die schwache Industriekonjunktur die Aktivität in den unternehmensnahen Dienstleistungen noch belasten. Demgegenüber wird die Produktion bei den konsumnahen Dienstleistern weiterhin durch die recht hohen Einkommensanstiege bei den privaten Haushalten und die damit verbundene rege Konsumgüternachfrage stimuliert. Die Bruttowertschöpfung in der Baubranche wird im Schlussquartal wohl etwas zurückgehen; darauf deuten die Frühindikatoren hin. Angesichts der äußerst anregenden Rahmenbedingungen wird sie in der Grundtendenz aber aufwärts gerichtet bleiben.

Preisentwicklung

Gegenüber der Herbstprognose hat sich unsere Einschätzung bezüglich des Ölpreises kaum verändert. Im Oktober und November kostete ein Fass Brent-Öl mit rund 60 US-Dollar in etwa so viel, wie von uns im September unterstellt worden war. Der von uns für den Prognosezeitraum unterstellte Ölpreispfad bleibt ebenfalls nahezu unverändert; für die Jahresdurchschnitte ergeben sich somit in den kommenden beiden Jahren leicht günstigere Ölpreise als in 2019. Diese Einschätzung steht im Einklang damit, dass das weltweite Ölangebot trotz der kürzlich beschlossenen Kürzungen der Fördermengen durch die OPEC wohl etwas steigen wird. Auch der Außenwert des Euro veränderte sich nicht wesentlich. Zuletzt kostete er 1,11 US-Dollar (gegenüber 1,10 US-Dollar vor drei Monaten). Nominal effektiv wertete er aus deutscher Sicht im gleichen Zeitraum um 1,3 Prozent ab.

Die Verbraucherpreisinflation bleibt mäßig. In den vergangenen drei Monaten zeigten sich bei der Gesamtinflation recht schwache Vorjahresraten; so stieg vorläufigen Angaben zufolge der Verbraucherpreisindex im November um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dies ist insbesondere auf die Schwäche der Energie- und Nahrungsmittelpreise zurückzuführen. Rechnet man diese beiden volatilen Komponenten heraus, so betrug die Teuerung

zuletzt 1,6 Prozent. Die Grunddynamik bei den Verbraucherpreisen bleibt somit erhalten, eine Beschleunigung zeichnet sich angesichts der im Prognosezeitraum wohl geringeren Auslastung der Produktionskapazitäten in Deutschland nicht ab. Wir rechnen insgesamt mit einer Inflationsrate von 1,4 Prozent im laufenden Jahr, gefolgt von 1,5 bzw. 1,6 Prozent in 2020 und 2021.

Arbeitsmarkt

Die Lohndynamik nimmt etwas ab. Die vorliegenden Tarifabschlüsse deuten im Durchschnitt auf einen verlangsamten Tariflohnanstieg im kommenden Jahr hin, und auch für das darauffolgende Jahr ist eine Verlangsamung durch die bestehenden Verträge angelegt. Außerdem werden die Tarifpartner in der gewichtigen Metall- und Elektroindustrie in den anstehenden Verhandlungen im Frühjahr unter dem Eindruck des seit über einem Jahr dauernden Abschwungs in der Industrie voraussichtlich niedrigere Abschlussraten vereinbaren als in den Jahren zuvor. Hierauf deutet nicht zuletzt der jüngste Abschluss in der chemischen Industrie hin, der unter Berücksichtigung aller Einmalzahlungen und Nebenvereinbarungen unseren Berechnungen zufolge Tarifverdienstzuwächse von gerade einmal 1,9 und 1,4 Prozent für die Kalenderjahre 2020 und 2021 vorsieht. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg der Tarifverdienste insgesamt von 2,5 Prozent (2020) und 2,3 Prozent (2021), nach 3,0 Prozent im Jahr 2019. Die Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) dürften mit 2,8 Prozent (2020) und 2,6 Prozent (2021) weiterhin stärker steigen als die Tarifverdienste, weil in weiten Teilen der Wirtschaft Arbeitskräfteknappheit wohl ein bedeutendes Thema bleiben wird.

Die Lohnkosten sind im Verhältnis zu Arbeitsproduktivität und Preisen so hoch wie lange nicht. Da die Arbeitsproduktivität sowohl im vergangenen als auch im laufenden Jahr außerordentlich schwach ausgefallen ist, sind die Lohnstückkosten vergleichsweise stark – und deutlich stärker als die heimischen Preise – gestiegen. Die realen Lohnstückkosten sind nunmehr so hoch wie zuletzt Anfang der 2000er Jahre. Die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften dürfte somit von

dieser Seite deutlich schwächer ausfallen als in den zurückliegenden Jahren.

Die Erwerbstätigkeit dürfte weiter zulegen, wenngleich mit spürbar geringerem Tempo als in den vergangenen Jahren. Der Beschäftigungsaufbau verlangsamte sich im Frühjahr dieses Jahres innerhalb kurzer Zeit merklich. Da sich alle gängigen Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt auch danach weiter rapide verschlechterten, rechneten wir in unserer Septemberprognose mit einer vorübergehend sinkenden Erwerbstätigkeit. Der Beschäftigungsaufbau scheint sich in jüngster Zeit allerdings auf jenem niedrigeren Niveau stabilisiert zu haben. Ein Grund für die günstigere Beschäftigungsentwicklung dürfte gewesen sein, dass sich das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal deutlich besser entwickelte als von uns prognostiziert. Für das vierte Quartal deuten die vorliegenden Monatswerte erneut auf einen Anstieg der Erwerbstätigkeit hin. Die Zahl der offenen Stellen sank zwar weiter, liegt allerdings immer noch auf sehr hohem Niveau. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen hat laut ifo Beschäftigungsbarometer zuletzt nicht weiter nachgegeben. Während die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe immer noch einen Personalabbau planen,² wollen die Unternehmen in der Bauwirtschaft und im Dienstleistungssektor ihre Belegschaft in den kommenden Monaten weiter vergrößern. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass sich der Beschäftigungsaufbau fortsetzen wird. Allerdings dürfte er mit Zuwächsen von jeweils rund 230 000 Erwerbstätigen nicht mehr an das Tempo der vergangenen Jahre heranreichen (zwischen 2011 und 2019 lag der Zuwachs zwischen 330 000 und 605 000 Erwerbstätigen pro Jahr). Diesem stehen das deutlich ungünstigere Verhältnis von Lohnkosten zu Arbeitsproduktivität und Preisen sowie das zunehmend knapper werdende Arbeitskräfteangebot entgegen, das ab Mitte der 2020er Jahre aufgrund der fortschreitenden Alterung langsam zu sinken beginnen dürfte.

² Eine rückläufige Beschäftigung zeigte sich bislang jedoch lediglich bei der Zahl der Zeitarbeiter; die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten blieb im Verarbeitenden Gewerbe bis zuletzt unverändert.

Öffentliche Finanzen

Nach einem Rekord im Jahr 2018 dürfte der Überschuss der öffentlichen Haushalte im Jahr 2019 etwas geringer ausfallen. Die Ausgaben sind im laufenden Jahr mit hoher Geschwindigkeit gestiegen. Die Bruttoinvestitionen wurden deutlich ausgeweitet. Zudem gab es einen deutlichen Anstieg der monetären Sozialleistungen nicht zuletzt aufgrund der Ausweitung der sogenannten Mütterrente. Insgesamt ist die Finanzpolitik im laufenden Jahr merklich expansiv ausgerichtet. Dass es trotz expansiver Finanzpolitik und des Konjunkturabschwungs, die sich z.B. in steigenden Ausgaben für das Arbeitslosengeld und einer Schwäche bei den gewinnabhängigen Steuern zeigen,³ zu keinem deutlicheren Rückgang des Überschusses kommt, dürfte maßgeblich an der weiterhin aufwärts gerichteten Beschäftigung und dem andauernde Bauboom liegen. Die stabile Entwicklung der Beschäftigung sorgte auch im Jahr 2019 für spürbare Zuwächse bei den Einnahmen der Sozialversicherungen und der Lohnsteuer. Zugleich profitierten die Einnahmen der Umsatz- und der Grunderwerbsteuer vom starken privaten Wohnungsbau.

Für das Jahr 2020 rechnen wir mit einem weiteren Rückgang des Budgetüberschusses. Der konjunkturelle Abschwung macht sich bei den Steuereinnahmen wegen der zeitlichen Streckung des Veranlagungsgeschehens mit etwas Verzögerung bemerkbar und prägt daher auch das kommende Jahr. Zugleich führt die geringere Beschäftigungs- und Lohndynamik zu einem langsameren Anstieg der Beitragseinnahmen, die außerdem durch die leichte Reduktion des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung von 2,5 auf 2,4 Prozent gedämpft wird. Zudem beschleunigen die Ausgaben der öffentlichen Hand abermals, wenn auch nur leicht. Während das Tempo bei den Investitionen nach dem sehr hohen Wert

im laufenden Jahr etwas nachlassen dürfte, bleibt die Dynamik auch gestützt von einer Vielzahl finanzpolitischer Maßnahmen, zum Beispiel bei den Vorleistungen, hoch. Die Ausgaben für soziale Sachleistungen dürften angesichts des geplanten Personalaufbaus im Pflegebereich stärker zulegen und zudem ist mit deutlich höheren Abführungen an die EU zu rechnen, so dass der Budgetsaldo insgesamt deutlich niedriger ausfällt als im Vorjahr.

Der Budgetüberschuss wird im Jahr 2021 wohl aufgebraucht sein. Die Finanzpolitik dürfte weiterhin deutlich expansiv ausgerichtet sein. Die Teilabschaffung des Soli mindert die Einnahmen. Zugleich sorgt die Umsetzung des Klimapakts für zusätzliche Ausgaben in den Bereichen Investitionen, staatlicher Konsum, Subventionen und Vermögenstransfers sowie durch die Absenkung der EEG-Umlage bei den laufenden Transfers (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2019: Kasten 2.3, 44-45). Wenn auch in geringerem Umfang, ist in diesem Zuge zudem mit Mindereinnahmen, unter anderem bei der Umsatzsteuer, zu rechnen. Die Mindereinnahmen und Mehrausgaben werden allerdings durch die Einführung bzw. Ausweitung der CO₂-Steuer mehr als kompensiert werden. Ferner steigen die monetären Sozialleistungen durch die Einführung der Grundrente. Außerdem dürften im Jahr 2021 in verstärktem Maße Mittel zum Ausbau der digitalen Infrastruktur und der Ganztagsbetreuung an Schulen abfließen, die im Rahmen der VGR zum Teil als öffentlicher Konsum gewertet werden dürften. Der in etwa ausgeglichene Saldo dürfte sich auch in struktureller Rechnung einstellen.

Risiken und Wirtschaftspolitik

Politische Unwägbarkeiten prägen das Risikoprofil für den Konjunkturverlauf. Die derzeitige konjunkturelle Schwäche ist in Deutschland – neben der unvermeidlichen zyklischen Korrektur nach Jahren der Überauslastung – maßgeblich der weltweit erhöhten Politikunsicherheit geschuldet, die insbesondere die globale Investitionstätigkeit belastet. Hierzu zählen weiterhin die handelspolitischen Spannungen, vor allem zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik

³ Die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit im Bereich des Arbeitslosengeldes gelten als konjunkturreagibel und sind in den ersten drei Quartalen im laufenden Jahr um gut 7 Prozent gestiegen. Die Ausgaben für das Arbeitslosengeld II, das stärker mit der Langzeitarbeitslosigkeit in Verbindung gebracht werden kann, sind hingegen sogar gesunken.

China. Hinzu kommt, dass die WTO-Berufungsinstanz seit dem 12. Dezember 2019 nicht mehr entscheidungsfähig ist, da die Vereinigten Staaten die Wiederbesetzung freigewordener Richterstellen derzeit blockieren. Aber auch der Brexit rückt näher, ohne dass bereits klar ist, wie er vollzogen werden soll und ob der kurze Verhandlungszeitraum im kommenden Jahr hinreicht, um ein Freihandelsregime zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU-27 zu verankern, das den Akteuren Planungssicherheit gibt und einen möglichst ungestörten Handel zwischen beiden Wirtschaftsräumen ermöglicht. Aber auch in der nationalen Wirtschaftspolitik stellen sich fundamentale Fragen, die einer stärkeren Investitionstätigkeit im Wege stehen. So ist weiterhin unklar, wie die Energieproduktion und die Energiekosten hierzulande mit den Bedarfen eines Industrielandes in Einklang gebracht werden können. Auch mit Blick auf die demografisch bedingte Alterung wurden für die sozialen Sicherungssysteme bislang keine Entscheidungen getroffen, die den Akteuren – sowohl den Unternehmen wie den Arbeitnehmern – mehr Planungssicherheit geben.

Die deutsche Wirtschaft braucht weiterhin kein Konjunkturprogramm. Das Normalmaß der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung wird der hier vorliegenden Prognose zufolge im kommenden Jahr allenfalls geringfügig unterschritten. Dies bietet keinen Anlass für diskretionäre, konjunkturstimulierende Maßnahmen der öffentlichen Hand (Kooths 2019). Die Industrierezession, die erst im Laufe des kommenden Jahres allmählich überwunden werden dürfte, hat ihre Ursachen maßgeblich im außenwirtschaftlichen Umfeld und betrifft Produktionsbereiche, die auf staatliche Nachfrageprogramme kaum reagieren würden. Insbesondere sind groß angelegte staatliche Infrastrukturprogramme kein geeignetes Mittel, weil sie – unabhängig davon, dass sie gar nicht schnell genug umgesetzt werden könnten – vor allem auf eine bereits vollausgelastete Bauwirtschaft treffen und dort kurzfristig nur den Preisauftrieb, nicht aber das Aktivitätsniveau befeuern würden.

Weder die Anhänger noch die Gegner der Schuldenbremse sollten sich auf die „schwäbische Hausfrau“ berufen. In der De-

batte um die Schuldenbremse wird immer wieder auf das vermeintliche Vorbild der „schwäbischen Hausfrau“ verwiesen. Je nach Position wird argumentiert, dass man „nicht mehr ausgeben solle, als man einnimmt“ oder dass „auch eine schwäbische Hausfrau ihr Haus auf Kredit kaufen würde“. Das staatliche Finanzgebaren lässt sich jedoch mit solchen aus einzelwirtschaftlicher Sicht vertrauten Kategorien nicht adäquat beurteilen. Erstens soll der Staat gerade dort aktiv werden, wo es privatwirtschaftlich (insbesondere aufgrund von Externalitäten) keine ausreichenden Erwerbsmöglichkeiten gibt. Zweitens kann der Staat auf Zwangsinstrumente (insbesondere auf sein Steuermonopol) zurückgreifen, das privaten Akteuren, die sich im marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerb bewähren sollen, nicht zur Verfügung steht. Schließlich ist „der Staat“ kein Akteur, der von den beiden übrigen inländischen Sektoren (Unternehmen und private Haushalte) in der Weise abgesondert ist, dass er eigene Interessen verfolgte, sondern er soll beide beim Wirtschaften unterstützen. Sein Budget dient nicht eigenen Zwecken, sondern denen der Allgemeinheit (Produzenten und Konsumenten). In seiner Rolle als Kapitalmarktteilnehmer kommt diese Sonderrolle besonders deutlich zum Tragen. Verschuldet sich der Staat am Kapitalmarkt, so entzieht er damit den übrigen Akteuren in Höhe der Mittelaufnahme den Zugriff auf Ressourcen, zugleich zwingt er sie aber auch in die Haftungsübernahme und den zukünftigen Kapitaldienst. Dies kann kein privater Akteur. Daher tragen alle Vergleiche, wie eine „schwäbische Hausfrau“ an Stelle des Staates agieren würde, wenig zur Klärung bei, ob der Staat in seinem Finanzgebaren mehr oder weniger Schulden aufnehmen sollte.

Kredit- und Abgabenfinanzierung von Infrastrukturen unterscheiden sich vor allem in polit-ökonomischer Hinsicht. Eine staatliche Investition, die aus heutigen Steuergeldern finanziert wird, rentiert gesamtwirtschaftlich nicht weniger als eine, die zunächst über den Kapitalmarkt und später aus einem höheren Steueraufkommen bezahlt wird. In beiden Fällen stehen die für die Durchführung der Investition erforderlichen Ressourcen für private Akteure nicht mehr zur Disposition. Beide Finanzierungswege würden tendenziell den Kapitalstockaufbau im Inland zu Lasten der

Nettoauslandsposition aller Inländer befördern.⁴ Daher trägt auch das Argument des Lastenausgleichs zwischen den Generationen nicht, denn die „nächste Generation“ als Großkollektiv umfasst die Erben des öffentlichen Kapitalstocks, der Staatsschulden als auch der Vermögenswerte im Ausland. Der Staat kann aber maßgeblich Einfluss darauf nehmen, ob der Kapitalstockaufbau im Inland oder im Ausland erfolgt (sowohl über die Investitionsanteile im Staatshaushalt als auch über die Ausgestaltung der Standortbedingungen für private Investoren). Die Unterschiede zwischen den beiden Finanzierungswegen (Kredite vs. Abgaben) liegen vor allem in der politischen Durchsetzbarkeit. Typischerweise lassen sich Maßnahmen, die kreditfinanziert werden, im politischen Raum leichter durchsetzen als solche, denen eine zeitgleiche Abgabenerhöhung gegenübersteht. Denn die Kreditfinanzierung verschleiert für die Laufzeit der Kreditaufnahme die finale Lastverteilung. Damit wird der nachfolgenden Generation aber zugleich ein Verteilungskonflikt hinterlassen.

Die Forderung nach einer Lockerung der Schuldenbremse zu Investitionszwecken übersieht die Einheitlichkeit des Budgets.

Die Befürworter von Mehrausgaben für den Ausbau bzw. die Instandsetzung von Infrastrukturen und Bildungseinrichtungen verweisen auf die hohe Priorität dieser Staatsausgaben, die – auch vor dem Hintergrund hoher sozialer Renditen – eine Kreditfinanzierung rechtfertigten, um den Ausgabenpielraum des Staates für diese Vorhaben zu erhöhen. Diese Argumentation greift aber zu kurz. Wenn bestimmte Staatsaufgaben eine hohe Priorität haben, müssen zwangsläufig andere Staatsaufgaben weniger dringlich sein. Vor der Entscheidung über den Umfang der Staatsausgaben muss daher die Struktur und Priorisierung der Staatsausgaben beantwortet werden. Reichen die aus dem bisherigen Abgabenaufkommen erzielten Einnahmen nicht aus, um die Ausgabenwünsche zu decken, kann der Staat entweder die Abgaben erhöhen oder

⁴ Bei (insbesondere kleinen) Ländern, in denen sich rentierliche öffentliche Investitionsmöglichkeiten bieten, die das Ausmaß der über Abgaben abschöpfbaren heimischen Ersparnis überschreiten, kann der Zugriff auf Ersparnisse der übrigen Welt ein sinnvoller Weg sein. Diese Situation stellt sich für Deutschland als derzeit größtem Nettokapitalexporteur der Welt aber nicht.

zusätzliche Kredite aufnehmen. Die so erzielten Mehreinnahmen dienen dann faktisch der Durchführung der niedrig priorisierten Vorhaben, nicht den Projekten, die ganz oben auf der Dringlichkeitsliste stehen. Die Kreditfinanzierung von investiven Ausgaben kann dann insbesondere dazu führen, dass bislang gebundene Mittel frei werden, die nun für solche Ausgaben eingesetzt werden, deren Korrektur politisch besonders schwierig ist und für die sich weder eine Mehrheit für höhere Abgaben noch für eine Kreditaufnahme fände. Hierzu zählen insbesondere alle Maßnahmen, die erforderlich sind, um die sozialen Sicherungssysteme an die sich ändernden demografischen Bedingungen anzupassen. Im Ergebnis kann es somit dazu kommen, dass der ursprünglich für investive Zwecke erhöhte Verschuldungsspielraum des Staates genutzt wird, um zum Beispiel höhere Zuschüsse des Bundes in die Gesetzliche Rentenversicherung zu finanzieren, um so die notwendigen, wenig populären Anpassungen im Rentensystem noch etwas länger hinauszögern zu können. Im Interesse der kommenden Generation wäre das nicht.

Der Wohlfahrtsstaat ist auf gute Standortbedingungen angewiesen.

In der laufenden Dekade ist die im Sozialbudget ausgewiesene Sozialleistungsquote, die sowohl öffentliche als auch private Sozialleistungen abbildet, im Trend gestiegen (BMAS 2018). Sie liegt mit zuletzt (2018) 29,4 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der 1990er Jahre.⁵ Ein ähnliches Bild zeigt sich für die staatlichen Sozialausgaben (monetäre Sozialleistungen und soziale Sachausgaben). In Relation zur Wirtschaftsleistung dürften die staatlichen Sozialausgaben im laufenden Jahr 24,6 Prozent ausmachen, dieser Anteil entspricht dem aus dem Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2007, wobei die Arbeitslosigkeit aktuell niedriger liegt als im gesamten zuvor genannten Zeitraum. Somit wurde die durch die niedrigere Arbeitslosigkeit gewonnen Entlastung der öffentlichen Haushalte in andere Sozialausgaben umgemünzt. Insgesamt sind damit die in Deutschland gewährten staatlichen Sozialleistungen mit der Wirtschaftsleistung gewachsen; nimmt man die

⁵ Dieser Befund gilt auch, wenn die erst ab dem Jahr 2009 berücksichtigten Grundleistungen der privaten Krankenversicherungen herausgerechnet werden.

privaten Sozialleistungen hinzu, hat ihr Anteil mit der Zeit sogar etwas zugelegt. Die sozialen Sicherungssysteme können nur aus dem schöpfen, was von den am Produktionsprozess Beteiligten erwirtschaftet wird. Da sowohl Kapital als auch qualifizierte Arbeitskräfte international mobil sind, sind die Standortbedingungen für die Wachstumsperspektiven und damit die Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaats von größter Bedeutung, insbesondere angesichts der demografischen Alterung. Ausweislich verschiedener internationaler Ranglisten hat Deutschland in den vergangenen fünf Jahren tendenziell als Wirtschaftsstandort an Attraktivität eingebüßt. So fiel Deutschland im Doing-Business-Indikator der Weltbank von

Platz 14 auf Rang 22 zurück, im Economic-Freedom-Index der Heritage Foundation wurden 8 Plätze eingebüßt (von 16 auf 24) und auch beim Global Competitiveness Index des World Economic Forum gab es – auf hohem Niveau – zuletzt eine merkliche Rückstufung (von Rang 3 auf Rang 7). Hierbei spielt auch eine Rolle, dass Deutschland in Bezug auf die Unternehmensbesteuerung mittlerweile ins Mittelfeld zurückgefallen ist, weil andere Länder in dieser Hinsicht Erleichterungen vorgenommen haben (Bazel et al. 2018). Die Wiedereinführung einer Vermögensteuer würde – zusätzlich zu ihrem hohen Erhebungsaufwand – die steuerliche Attraktivität für unternehmerische Aktivität weiter schmälern.

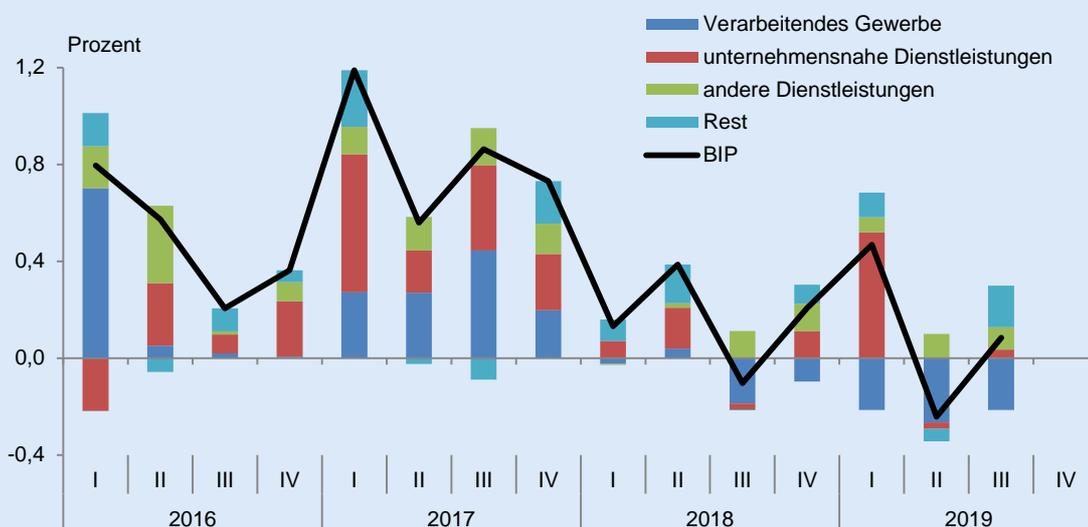
Kasten 1:

Wie stark strahlt die Industrieression auf die Dienstleistungsbranchen aus?^a

Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ist bereits seit fünf Quartalen rückläufig und in diesem Zeitraum um knapp 5 Prozent gesunken. Damit ging die konjunkturelle Abkühlung in Deutschland zu einem Gutteil vom Verarbeitenden Gewerbe aus. Freilich hat sich in diesem Zeitraum auch die Dynamik in den Dienstleistungsbranchen abgeschwächt: Insgesamt haben sie deutlich geringere Beiträge zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts als zuvor geleistet (Abbildung K1-1). Eine Ausnahme stellt lediglich das erste Quartal des laufenden Jahres dar, in dem hohe Einkommenszuwächse die Wertschöpfung in den Bereichen Handel, Verkehr und Gastgewerbe stimuliert hatten. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit die Abschwächung im Verarbeitenden Gewerbe auf die Dienstleistungsbranchen ausgestrahlt hat und angesichts des deutlichen und persistenten Rückgangs der Bruttowertschöpfung dort noch mit weiteren dämpfenden Effekten in den kommenden Quartalen zu rechnen ist.

Abbildung K1-1:

Beiträge zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts 2016–2019



Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1.3*; eigene Berechnungen.

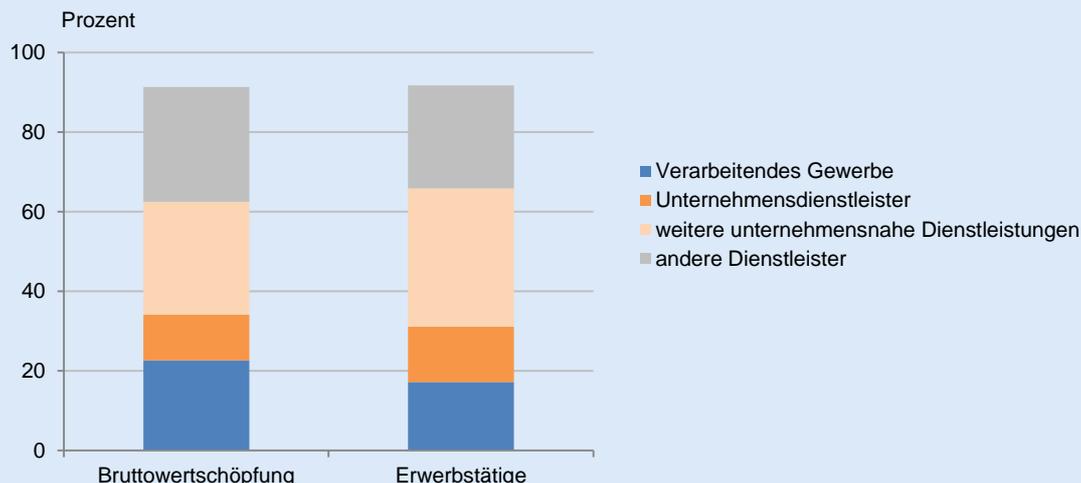
Zu den Dienstleistungsbranchen, die besonders enge Lieferverflechtungen mit dem Verarbeitenden Gewerbe aufweisen, zählen die Unternehmensdienstleister (Wirtschaftszweige M bis N). Die weitere Definition von unternehmensnahen Dienstleistungen, wie sie beispielsweise von der OECD verwandt wird, bezieht zusätzlich die Bereiche „Handel, Verkehr, Gastgewerbe“ (G bis I), „Information und Kommunikation“ (J), „Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ (K) und „Sonstige Dienstleister“ (R bis T) mit ein. Freilich sind die Branchen auch innerhalb dieser Wirtschaftszweige unterschiedlich eng mit dem Verarbeitenden Gewerbe verbunden. So umfasst der Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe“ auch den Einzelhandel (G47), der wesentlich weniger stark von Produktionsschwankungen im Verarbeitenden Gewerbe beeinflusst wird als beispielsweise die Branche „Verkehr und Lagerei“ (H).

Die unternehmensnahen Dienstleistungen haben eine recht hohe Bedeutung für die deutsche Wirtschaft. Ihr Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung lag im Jahr 2018 bei knapp 40 Prozent, wobei 11,5 Prozent auf die Unternehmensdienstleister und reichlich 28 Prozent auf die weiteren unternehmensnahen Dienstleister (unternehmensnahe Dienstleister ohne Unternehmensdienstleister) entfielen (Abbildung K1-2). Zudem beschäftigen sie knapp 50 Prozent der Erwerbstätigen (Unternehmensdienstleister: 14 Prozent).

Die unternehmensnahen Dienstleister tragen nicht unerheblich zur Produktion im Verarbeitenden Gewerbe bei. Ausweislich der World Input Output-Tabellen im Jahr 2014 – jüngere Daten liegen nicht vor – leisteten die inländischen unternehmensnahen Dienstleister für ein im Verarbeitenden Gewerbe hergestelltes Endprodukt einen Beitrag von rund 18 Prozent des Produktwerts. Dieser Beitrag umfasst sowohl die direkten Vorleistungslieferungen an das inländische Verarbeitende Gewerbe (z.B. Beratungsleistungen, Software, Transportdienste), als auch die indirekten Lieferungen, die über weitere nach-

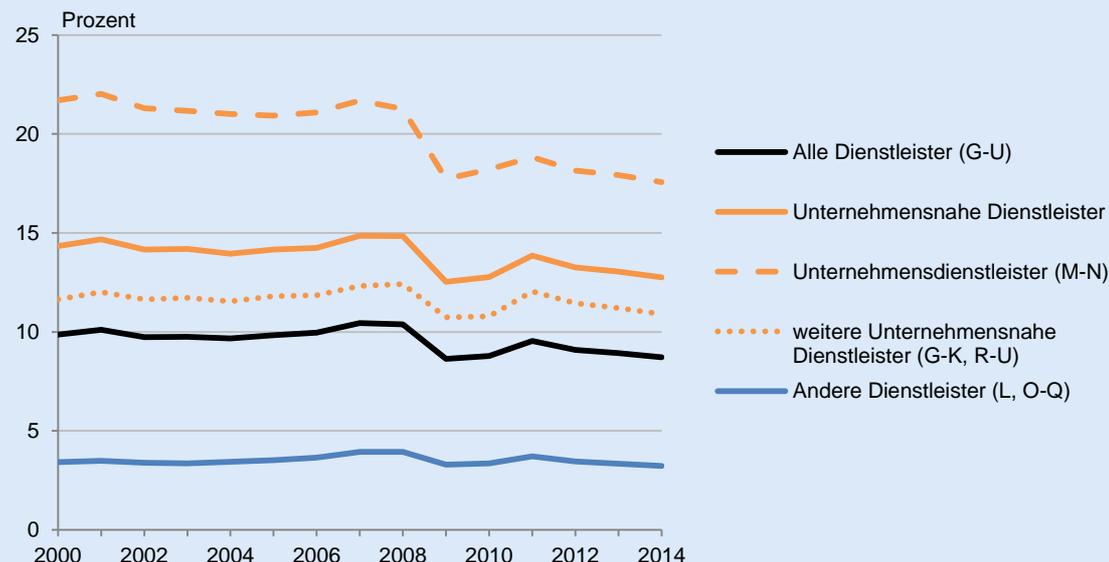
gelagerte Produktionsstufen in anderen Wirtschaftszweigen oder Ländern letztlich in die Fertigprodukte des inländischen Verarbeitenden Gewerbes eingehen. Von diesen 18 Prozent stammten rund 7 Prozentpunkte von Unternehmensdienstleistern (M-N). Die anderen Dienstleistungsbranchen (Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit sowie Grundstücks- und Wohnungswesen) kamen dagegen nur auf einen Anteil von weniger als 5 Prozent. Rund 44 Prozent der Bruttowertschöpfung wurden innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes selbst geleistet, rund 30 Prozent über Zulieferungen aus dem Ausland.

Abbildung K1-2:
Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Dienstleistungsbereiche



Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1.3*; eigene Berechnungen.

Abbildung K1-3:
Wertschöpfungslieferung an das Verarbeitende Gewerbe als Anteil an der eigenen Wertschöpfung 2000–2014



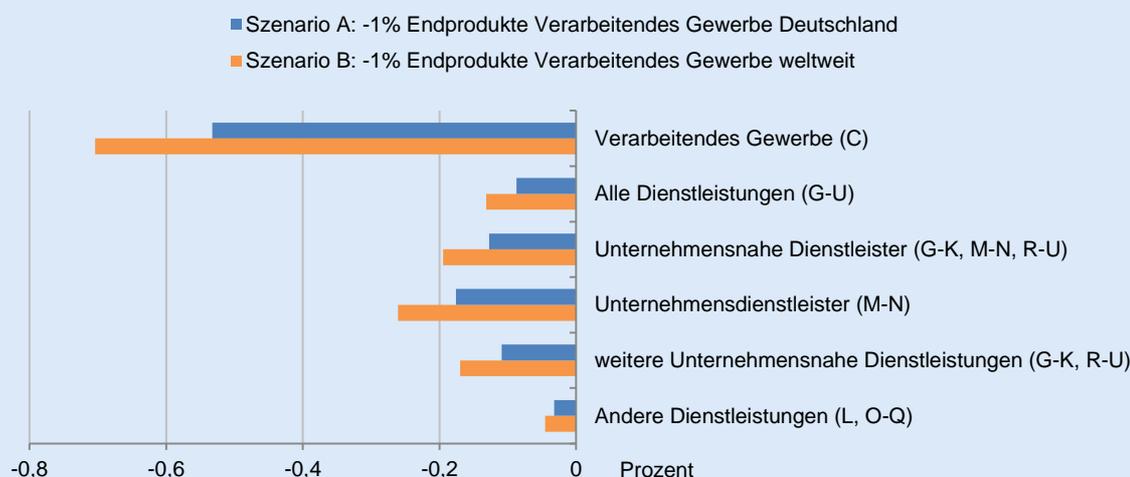
Quelle: WIOD; eigene Berechnungen.

Die Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes als Abnehmer für die Dienstleistungsbranchen ergibt sich vor allem aus dem Anteil der eigenen Bruttowertschöpfung, die die Dienstleister für die Produktion von (direkten und indirekten) Vorleistungen für das Verarbeitende Gewerbe einsetzen. Bei den Unternehmensdienstleistern machten diese Vorleistungen im Jahr 2014 knapp 18 Prozent ihrer Bruttowertschöpfung aus; bei den weiteren unternehmensnahen Dienstleistern 11 Prozent (Abbildung K1-3). Wäh-

rend der Anteil bei den Unternehmensdienstleistern aufgrund von Offshoring durch das Verarbeitende Gewerbe mit der Zeit etwas zurückgegangen ist, blieb er für die weiteren unternehmensnahen Dienstleister in etwa konstant. Die Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes für die anderen (insbes. öffentlichen) Dienstleister ist mit einem Anteil von lediglich 3 Prozent ihrer Bruttowertschöpfung dagegen gering.

Ein Rückgang des weltweiten Absatzes von Endprodukten des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland um 1 Prozent wäre entsprechend verbunden mit einem Rückgang der Bruttowertschöpfung der Unternehmensdienstleister von 0,18 Prozent und der der sonstigen unternehmensnahen Dienstleister von 0,11 Prozent, während die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe um rund 0,53 Prozent zurückgehen würde (Abbildung K1-4, Szenario A). Bei einem Rückgang des Absatzes von industriellen Fertigprodukten von rund 9 Prozent (dies würde in etwa zu dem beobachteten Rückgang der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe von 5 Prozent führen) ergäben sich entsprechend Rückgänge von 1,7 Prozent (Unternehmensdienstleister) bzw. 1,2 Prozent (unternehmensnahe Dienstleistungen). Dies verstärkt den konjunkturellen Impuls der Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe erheblich: Entsprechend des Anteils der unternehmensnahen Dienstleistungen an der gesamten Bruttowertschöpfung (knapp 40 Prozent) würde das Bruttoinlandsprodukt um weitere etwa 0,5 Prozent gedrückt, zusätzlich zu dem Effekt von 1 Prozent, der sich durch den Rückgang der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe (Anteil: rund 20 Prozent) ergibt.

Abbildung K1-4:
Auswirkungen eines Absatzzurückgangs von Endprodukten des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland und weltweit



Quelle: WIOD; eigene Berechnungen.

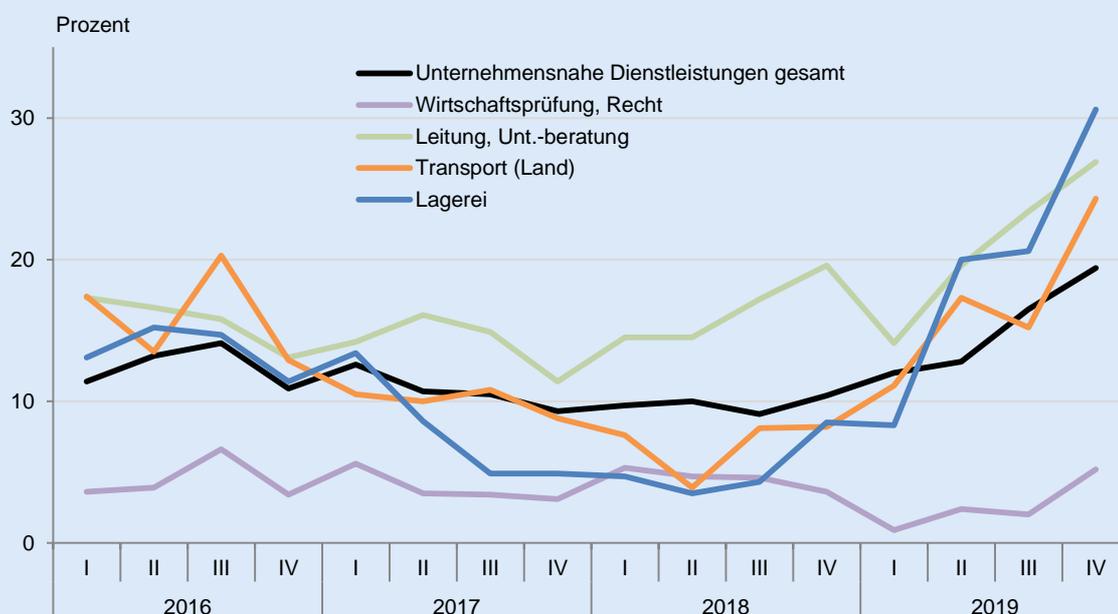
Ein Rückgang des Absatzes von Endprodukten des Verarbeitenden Gewerbes weltweit (statt nur in Deutschland) würde zusätzlich die Exporte von Dienstleistungen beeinträchtigen. Sinkt der Absatz von Endprodukten des Verarbeitenden Gewerbes in allen Ländern um 1 Prozent, würde die Bruttowertschöpfung der Unternehmensdienstleister in Deutschland um 0,26 Prozent und die der weiteren unternehmensnahen Dienstleister um 0,2 Prozent zurückgehen (Abbildung K1-4, Szenario B). Zudem würde die Bruttowertschöpfung im inländischen Verarbeitenden Gewerbe aufgrund sinkender Nachfrage aus dem Ausland um 0,7 Prozent zurückgehen. Bei einem Rückgang des globalen Absatzes von industriellen Fertigprodukten von rund 7 Prozent (dies würde die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland um 5 Prozent verringern) ergäben sich aufseiten der Dienstleister etwas größere Rückgänge von 1,9 Prozent (Unternehmensdienstleister) bzw. 1,4 Prozent (unternehmensnahe Dienstleistungen). Das Bruttoinlandsprodukt würde – zusätzlich zum Effekt von 1 Prozent, der vom Verarbeitenden Gewerbe ausgeht – um etwa 0,6 Prozent gedrückt.

Freilich stellen diese Schätzungen nur eine grobe Richtschnur dar und sagen wenig über die zeitliche Abfolge dieser Wirkungszusammenhänge aus. So können die Auswirkungen auf die Dienstleistungsbranchen von den jeweiligen Auftragsbeständen abhängen. Auch können sie durch andere Entwicklungen überlagert werden. So war beispielsweise die Binnenkonjunktur in Deutschland noch lange Zeit robust, als die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe bereits deutlich zurückging, so dass sich in einigen Branchen alternative Absatzchancen ergeben haben könnten. Schließlich ist der unmittelbare Pro-

duktionszusammenhang zwischen unternehmensnahen Dienstleistern und dem Verarbeitenden Gewerbe innerhalb der Dienstleister unterschiedlich stark ausgeprägt. So hängen Transportleistungen unmittelbar mit der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe zusammen, während andere Leistungen erst nach einiger Zeit beeinflusst werden dürften. Manche Dienstleistungen, etwa im Bereich Beratung oder Marketing, könnten sogar vermehrt nachgefragt werden, wenn der Absatz der Industrieunternehmen zurückgeht.

Heterogene Entwicklungen zeigen sich auch in Umfrageindikatoren zum Nachfragemangel als produktionsbehinderndem Faktor. Bei den unternehmensnahen Dienstleistern insgesamt hat der Anteil der Unternehmen, die angaben, dass ein Mangel an Nachfrage ihre Produktion einschränke, in den vergangenen Quartalen sukzessive zugenommen (Abbildung K1-5).^b In einigen Branchen, wie beim Transport, ist dieser Anteil aber deutlich stärker gestiegen als in anderen, wie bei den Wirtschaftsprüfern und Rechtsanwälten.

Abbildung K1-5:
Nachfragemangel als produktionsbehindernder Faktor 2016–2019



Quelle: WIOD; eigene Berechnungen.

Alles im allem dürfte die Industrierezession somit bereits sichtbare Spuren in der Dienstleistungsbranche hinterlassen haben. Selbst wenn sich die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe allmählich wieder stabilisieren sollte, wird die zuletzt schwache Industriekonjunktur wohl vorerst weiterhin auf die unternehmensnahen Dienstleistungen ausstrahlen und sie in Mitleidenschaft ziehen. Von daher dürften die die unternehmensnahen Dienstleistungen auch in den kommenden Quartalen keine große Dynamik entfalten.

^aAn diesem Kasten hat Eckhardt Bode (IfW) mitgewirkt. — ^bDie für die Umfragen verwendete Abgrenzung unterscheidet sich teilweise von der Klassifikation der Wirtschaftszweige (2008), die vom Statistischen Bundesamt verwandt wird.

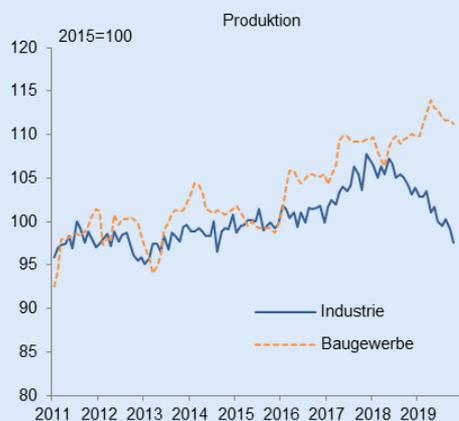
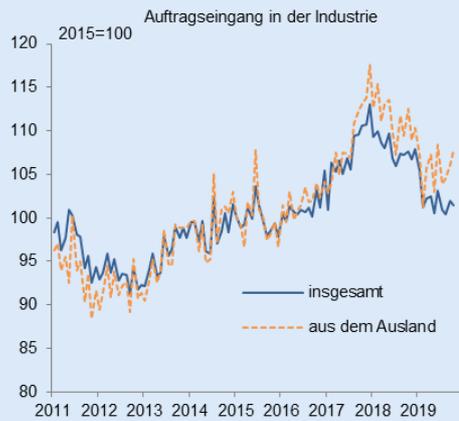
Datenanhang

INHALT

1. Konjunkturindikatoren.....	19
2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung.....	20
3. Außenwirtschaft.....	22
4. Inländische Verwendung.....	24
5. Wirtschaftsbereiche.....	26
6. Löhne.....	27
7. Beschäftigung.....	28
8. Öffentliche Finanzen.....	29
9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit.....	31
10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2018–2021.....	32
11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	33
12. Hauptaggregate der Sektoren (Mrd. EUR).....	36

1. Konjunkturindikatoren

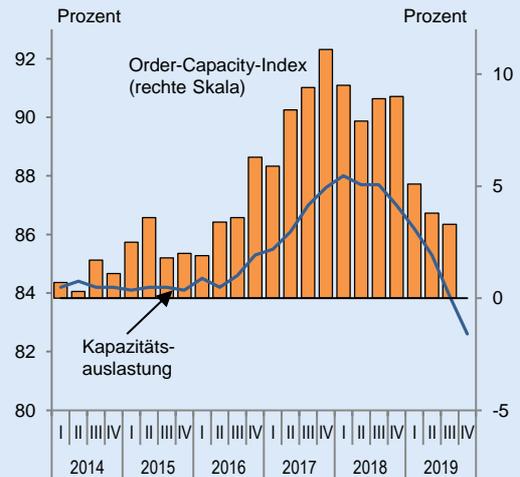
Abbildung 1.1:
Konjunkturindikatoren 2011–2019



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

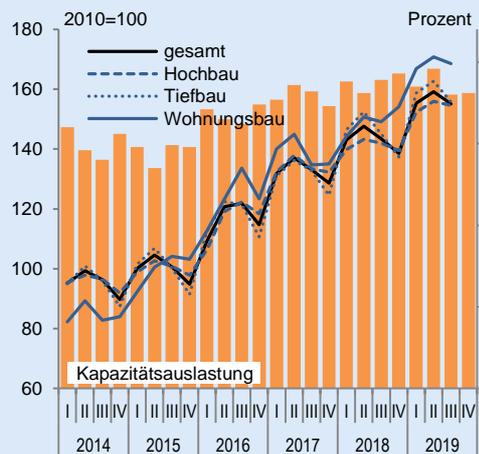
Abbildung 1.2:
Kapazitätsauslastung 2014–2019



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (Achse schneidet bei Normalauslastung).

Quelle: ifo Institut, *Konjunkturtest*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*.

Abbildung 1.3:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe 2014–2019

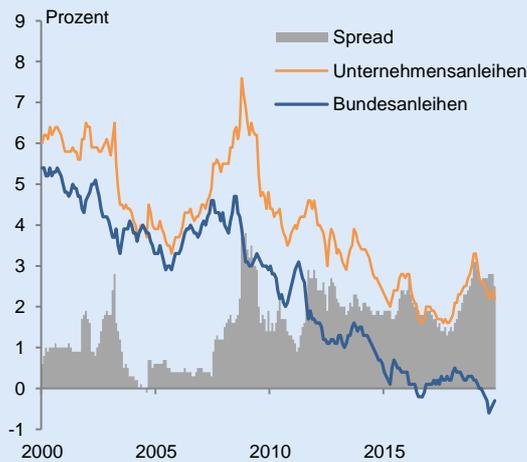


Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung: saisonbereinigt, rechte Skala (letzte Beobachtung: 2-Monats-Durchschnitt); Auftragsbestände: preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung

Abbildung 2.1:
Kapitalmarktzinsen 2000–2019



Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; eigene Berechnungen.

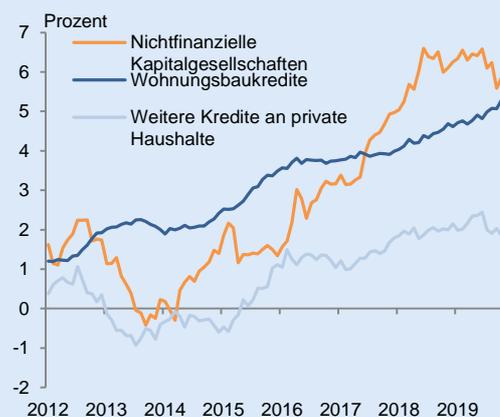
Abbildung 2.2:
Darlehenszinsen 2003–2019



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1–5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *MFI-Zinsstatistik*.

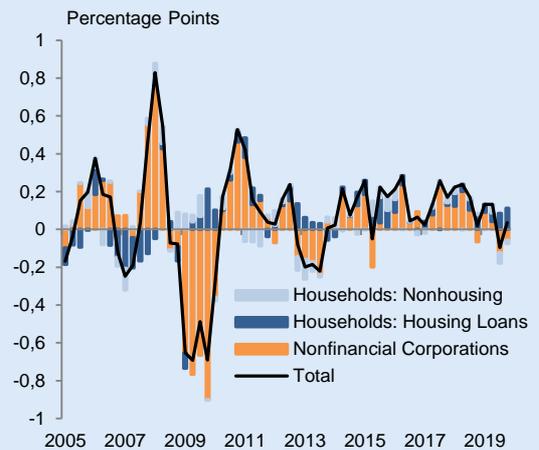
Abbildung 2.3:
Kreditexpansion 2012–2019



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat; Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank: *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; eigene Berechnungen.

Abbildung 2.4:
Kreditimpuls 2005–2019

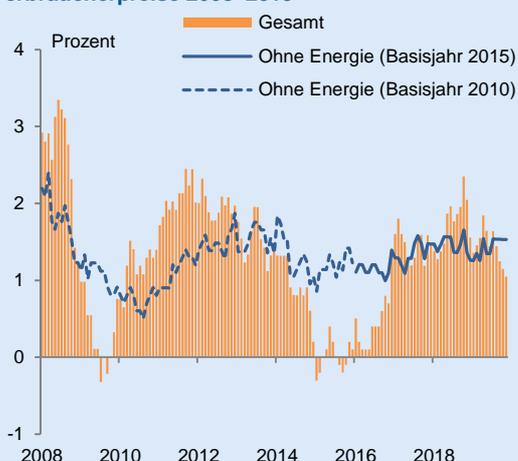


Quarterly data, most recent quarter based on first month; calculations follow Biggs et al. (2009), *Credit and economic recovery*, DNB Working Paper 218, De Nederlandsche Bank, Amsterdam.

The credit impulse is the change of the credit growth relative to the growth in GDP.

Source: Deutsche Bundesbank, *Seasonally Adjusted Business Statistics*; own calculations.

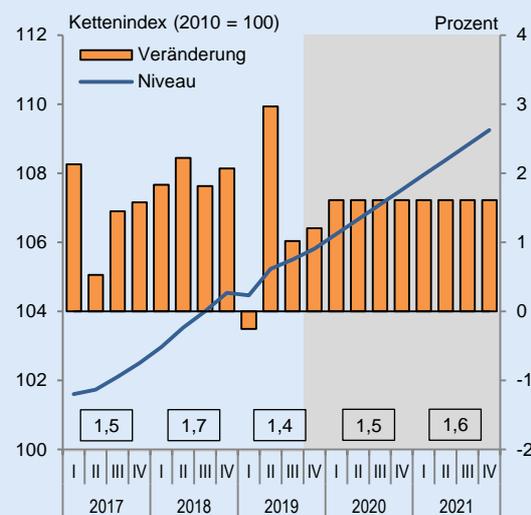
Abbildung 2.5:
Verbraucherpreise 2008–2019



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat. Nach der Umstellung auf das neue Basisjahr 2015 wurden durch das Statistische Bundesamt noch nicht alle Datenreihen für den Zeitraum vor 2015 veröffentlicht, weswegen wir dort auf den alten Datenstand zurückgreifen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Zeitreihen-Datenbanken*; eigene Berechnungen.

Abbildung 2.6:
Verbraucherpreise 2017–2021



Quartalsdaten: kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 17, Reihe 7*; Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 2.1:
Rahmendaten für die Konjunktur 2018–2021

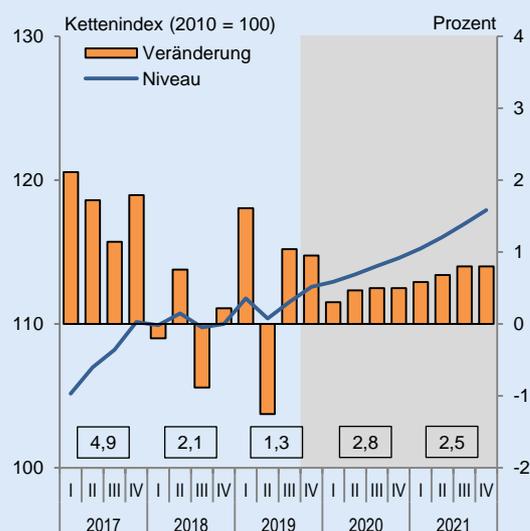
	2018				2019				2020				2021			
	I	II	III	IV												
Leitzins der EZB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Langfristige Zinsen	0,6	0,5	0,4	0,4	0,1	-0,1	-0,5	-0,4	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2	-0,2
US-Dollar/Euro	1,23	1,19	1,16	1,14	1,14	1,12	1,11	1,11	1,11	1,11	1,11	1,11	1,11	1,11	1,11	1,11
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	90,1	90,2	90,8	90,5	89,3	89,5	89,4	88,9	88,7	88,6	88,5	88,3	88,1	87,9	87,8	87,6
Exportmärkte	0,7	0,6	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Rohölpreis	66,9	74,5	75,1	68,8	63,2	68,9	61,9	61,6	61,9	62,2	62,6	62,9	63,2	63,5	63,8	64,1

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 56 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, *Monatsbericht*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; IMF, *International Financial Statistics*; EIA; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

3. Außenwirtschaft

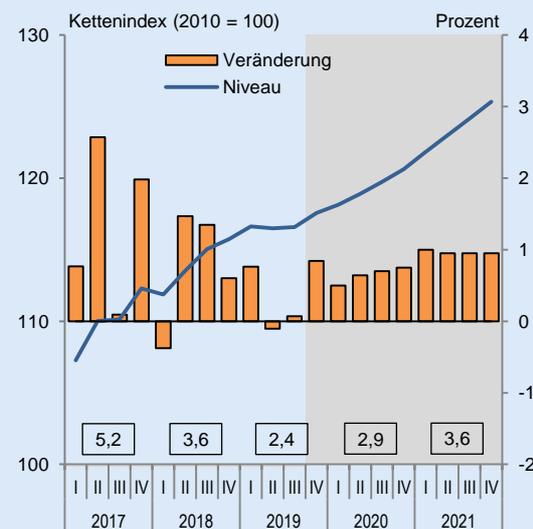
Abbildung 3.1:
Exporte 2017–2021



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten, preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

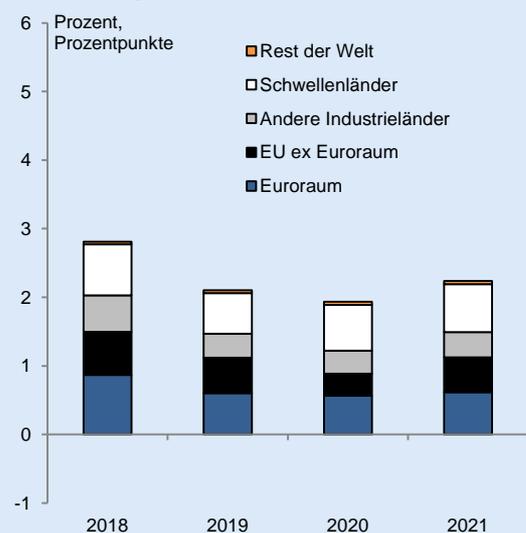
Abbildung 3.2:
Importe 2017–2021



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

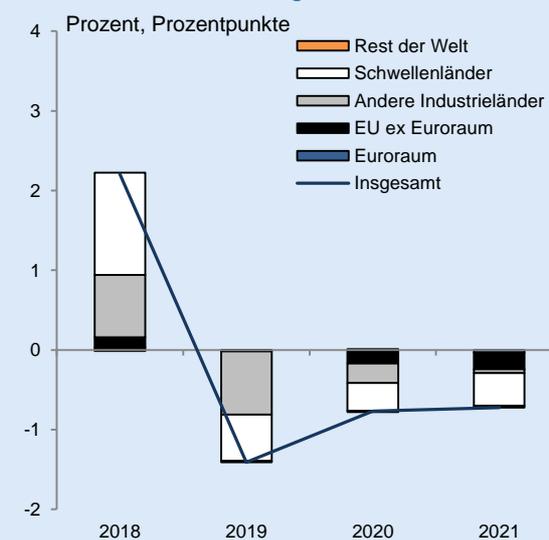
Abbildung 3.3:
Deutsche Exportmärkte 2018–2021



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 7, Reihe 1*; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2019–2021: Prognose des IfW.

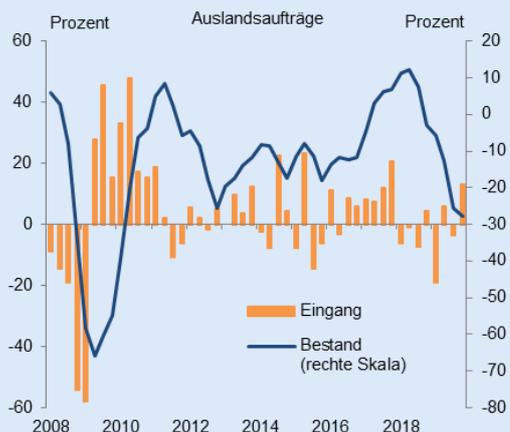
Abbildung 3.4:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2018–2021



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 51 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 56 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht 8.2017*; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2019–2021: Prognose des IfW.

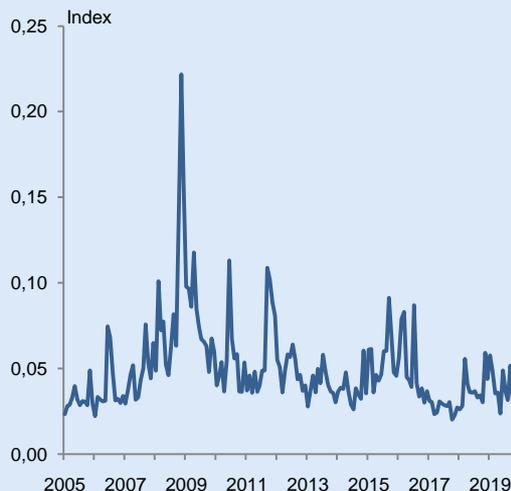
Abbildung 3.5:
Exportindikatoren 2008–2019



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, die über günstige Auftragsbestände berichten; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exporterwartungen, Auftragsbestand (Auftragseingang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Thomson Financial Datastream; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

Abbildung 3.6:
Unsicherheit in den deutschen Abnehmerländern 2005–2019

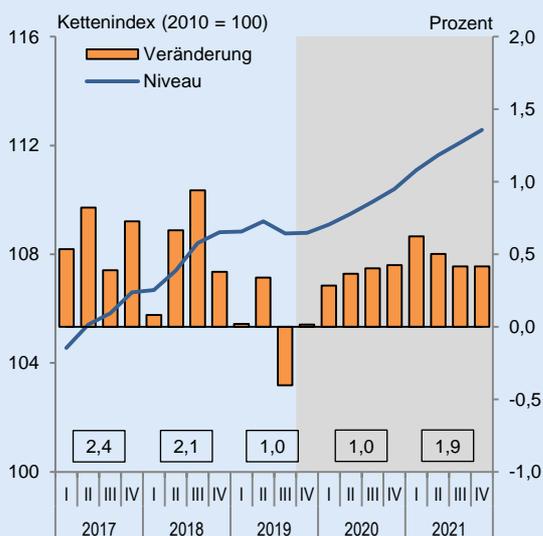


Monatsdaten; Aktienkursvolatilitäten basierend auf Tagesdaten für Aktienkurse in 46 Abnehmerländern gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren.

Quelle: Nationale Quellen; eigene Berechnungen.

4. Inländische Verwendung

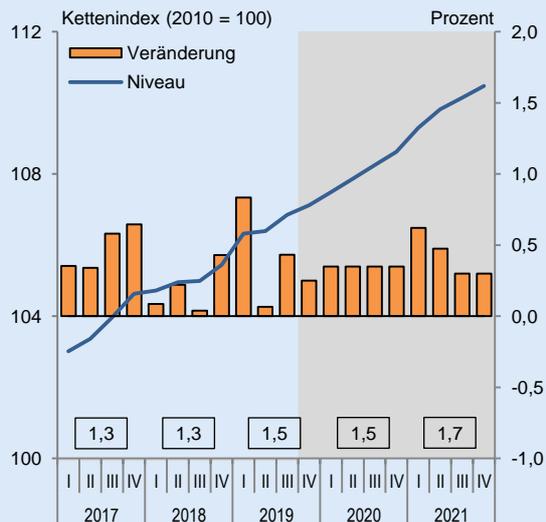
Abbildung 4.1:
Letzte Inländische Verwendung 2017–2021



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

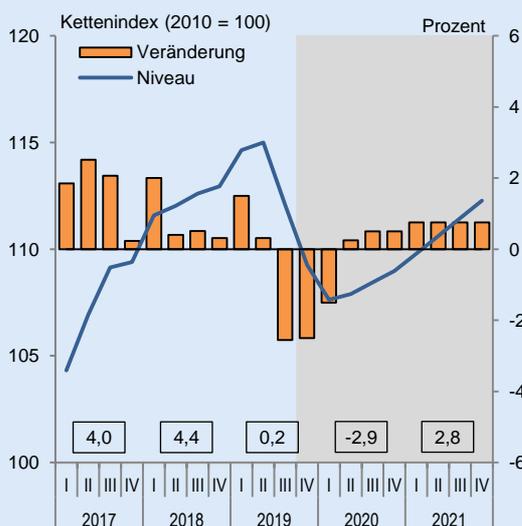
Abbildung 4.2:
Private Konsumausgaben 2017–2021



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

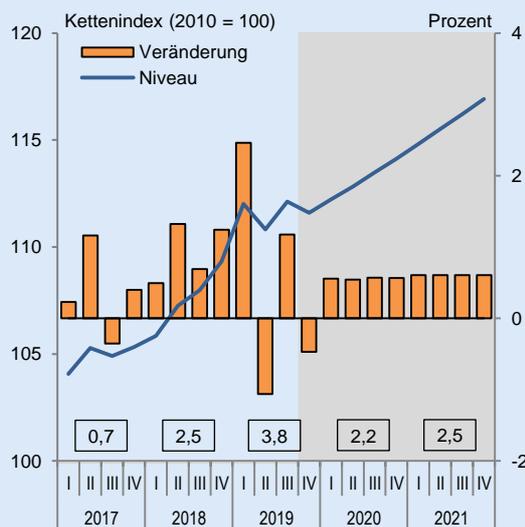
Abbildung 4.3:
Ausrüstungsinvestitionen 2017–2021



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

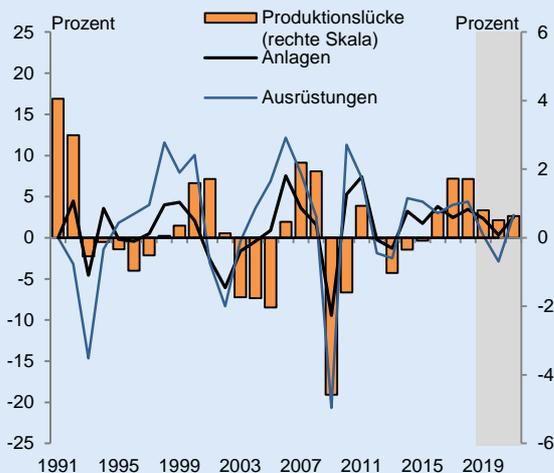
Abbildung 4.4:
Bauinvestitionen 2017–2021



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

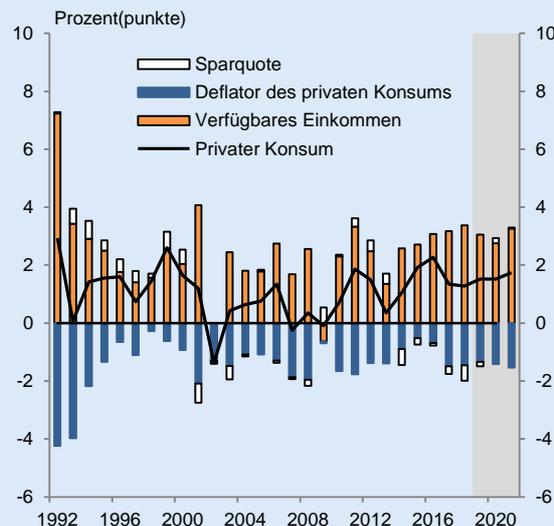
Abbildung 4.5:
Investitionszyklen 1991–2021



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr; Produktionslücke: Approximativ berechnet aus aktueller BIP-Prognose und der Potenzialschätzung vom Herbst 2018.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

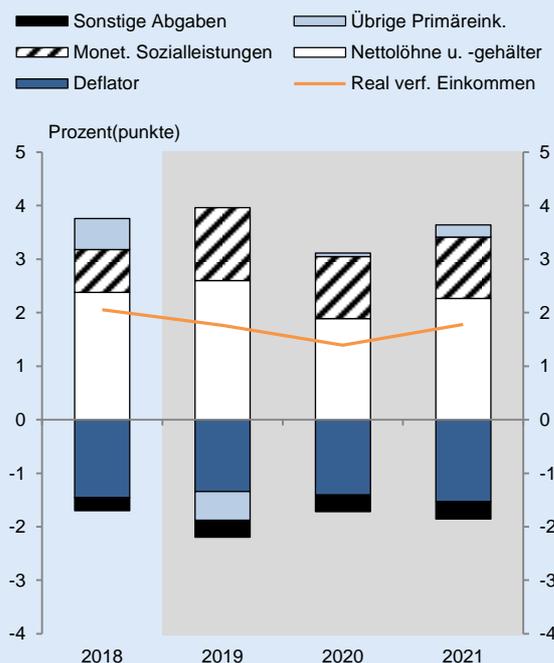
Abbildung 4.6:
Beiträge zur Veränderung des privaten Konsums 1992–2021



Jahresdaten; verfügbares Einkommen einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Privater Konsum: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 4.7:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens 2018–2021



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, rechte Skala); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 4.1:
Anlageinvestitionen 2018–2021

	2018	2019	2020	2021
Anlageinvestitionen	3,5	2,3	0,3	2,5
Unternehmensinvestitionen	3,6	1,2	-1,1	2,3
Ausrüstungen	4,4	0,2	-2,9	2,8
Wirtschaftsbau	0,6	2,3	0,6	1,6
Sonstige Anlagen	4,3	2,3	1,0	2,2
Wohnungsbau	3,0	4,0	2,2	2,6
Öffentlicher Bau	4,3	6,0	5,2	4,3
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	2,5	3,8	2,2	2,5

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

5. Wirtschaftsbereiche

Tabelle 5.1:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2019–2020

	2019			2020		
	II	III	IV	I	II	III
	<i>Saison- und kalenderbereinigte Werte: Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent</i>					
Bruttoinlandsprodukt	-0,2	0,1	0,1	0,2	0,3	0,3
Bruttowertschöpfung	-0,3	-0,1	0,1	0,2	0,3	0,3
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-1,5	-1,3	-1,2	0,1	0,2	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	-1,3	-1,1	-1,2	0,1	0,2	0,2
Baugewerbe	-0,8	2,0	-0,2	0,8	0,5	0,5
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-0,6	-0,1	0,3	0,3	0,3	0,4
Information und Kommunikation	0,6	1,4	1,3	0,8	0,8	0,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister	1,0	0,5	0,6	0,2	0,2	0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,3	0,2	0,8	0,5	0,5	0,5
Unternehmensdienstleister	-0,1	-0,2	0,0	0,0	0,3	0,4
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	0,5	0,4	0,7	0,2	0,2	0,3
Sonstige Dienstleister	0,3	-0,3	0,1	0,1	0,2	0,2

Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

6. Löhne

Abbildung 6.1:
Reale Lohnstückkosten 1991–2021



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 6.1:
Löhne und Produktivität 2018–2021

	2018	2019	2020	2021
<i>Stundenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,9	3,0	2,5	2,3
Effektivlöhne	3,0	3,3	2,3	2,6
Lohndrift	0,1	0,4	-0,2	0,2
Lohnkosten	2,7	3,5	2,0	2,5
Arbeitsproduktivität	0,3	-0,1	0,3	1,2
Lohnstückkosten	2,4	3,6	1,7	1,3
Lohnstückkosten (real)	0,9	1,6	-0,2	-0,5
<i>Personenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,9	3,0	2,5	2,3
Effektivlöhne	3,2	3,1	2,8	2,6
Lohndrift	0,3	0,2	0,3	0,2
Lohnkosten	2,9	3,4	2,5	2,4
Arbeitsproduktivität	0,2	-0,4	0,6	1,0
Lohnstückkosten	2,7	3,8	1,9	1,4
Lohnstückkosten (real)	1,2	1,8	0,0	-0,4

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflatiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

7. Beschäftigung

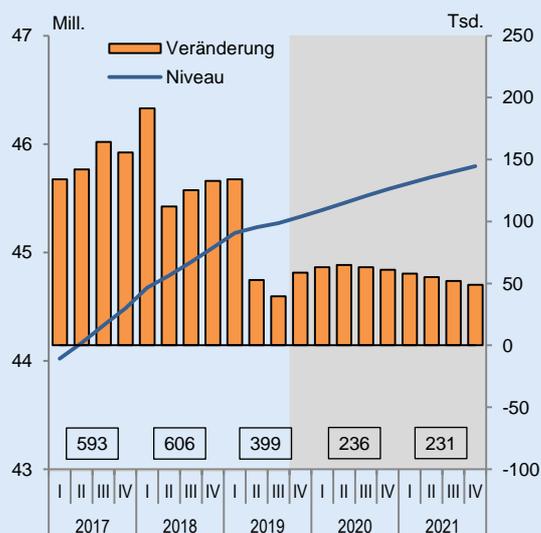
Tabelle 7.1:
Beschäftigung 2017–2021 (1 000 Personen)

	2017	2018	2019	2020	2021
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	61.564	62.344	62.727	63.235	63.456
Erwerbstätige (Inland)	44.248	44.854	45.253	45.488	45.719
Selbständige	4.273	4.224	4.158	4.095	4.048
Arbeitnehmer (Inland)	39.976	40.631	41.094	41.393	41.671
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	32.234	32.964	33.515	33.836	34.174
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.742	4.671	4.588	4.532	4.472
Pendlersaldo	121	144	156	159	159
Erwerbstätige (Inländer)	44.127	44.710	45.097	45.329	45.560
Arbeitnehmer (Inländer)	39.855	40.486	40.939	41.234	41.513
Registrierte Arbeitslose	2.533	2.340	2.266	2.253	2.268
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,7	5,2	5,0	4,9	4,9
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,5	3,2	2,9	2,7	2,6

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

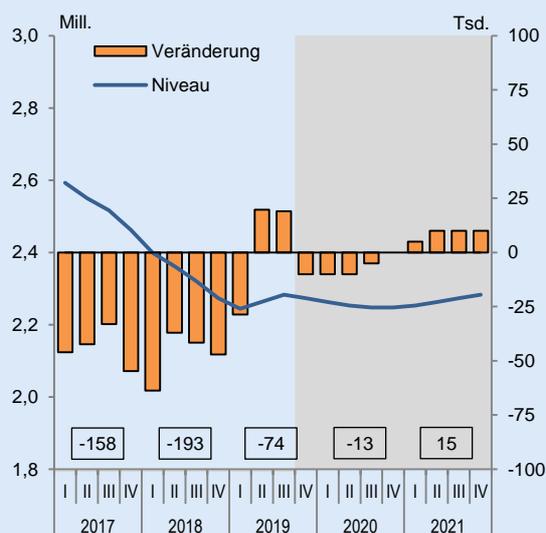
Abbildung 7.1:
Erwerbstätige 2017–2021



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 7.2:
Arbeitslose 2017–2021



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr (gerahmt).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

8. Öffentliche Finanzen

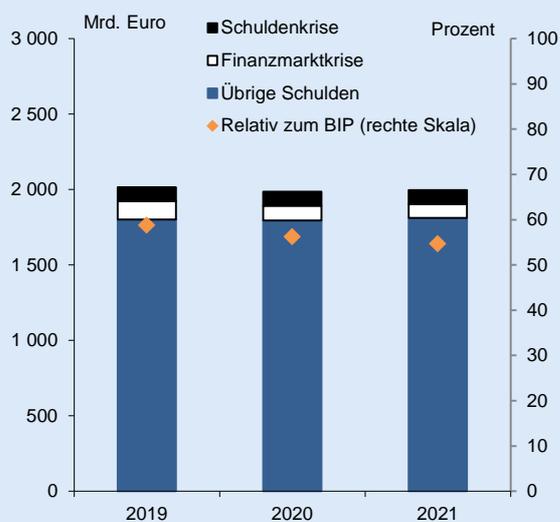
Tabelle 8.1:
Einnahmen und Ausgaben des Staates 2017–2021 (Mrd. Euro)

	2017	2018	2019	2020	2021
Einnahmen	1.481,7	1.552,9	1.607,5	1.649,3	1.690,8
➤ <i>relativ zum BIP</i>	45,7	46,4	46,9	46,7	46,3
Steuern	766,6	800,9	825,0	846,6	864,3
➤ <i>relativ zum BIP</i>	23,6	23,9	24,1	24,0	23,7
Sozialbeiträge	549,5	572,5	597,9	614,5	633,4
➤ <i>relativ zum BIP</i>	16,9	17,1	17,4	17,4	17,3
Sonstige Einnahmen	165,7	179,5	184,6	188,2	193,0
➤ <i>relativ zum BIP</i>	5,1	5,4	5,4	5,3	5,3
Ausgaben	1.441,4	1.490,5	1.554,3	1.625,0	1.692,5
➤ <i>relativ zum BIP</i>	44,4	44,6	45,3	46,0	46,4
Arbeitnehmerentgelt	250,0	259,3	269,2	278,4	286,6
Vorleistungen	162,9	169,4	179,0	187,8	196,1
Soziale Sachleistungen	278,3	285,9	298,2	311,4	322,6
Bruttoinvestitionen	71,9	78,4	85,5	91,1	98,7
Geleistete Vermögenseinkommen	34,3	31,7	29,0	27,2	26,1
Monetäre Sozialleistungen	506,6	520,2	545,4	567,7	590,2
Subventionen	27,9	29,6	30,8	32,4	34,4
Sonstige laufende Übertragungen	67,0	74,9	80,2	88,3	93,4
Vermögensübertragungen	44,0	42,2	38,1	41,8	45,4
Sonstige Ausgaben	-1,6	-1,3	-1,3	-1,3	-1,3
Finanzierungssaldo	40,3	62,4	53,1	24,3	-1,7
➤ <i>relativ zum BIP</i>	1,2	1,9	1,5	0,7	0,0
Einnahmen der Gebietskörperschaften	961,2	1010,5	1040,8	1067,1	1090,5
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	960,1	1.009,3	1.039,7	1.066,0	1.089,3
Transfers der Sozialversicherung	1,1	1,1	1,1	1,1	1,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften	931,9	963,9	999,8	1.046,1	1.093,2
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	816,7	845,6	877,1	919,5	960,7
Transfers an die Sozialversicherung	115,2	118,3	122,7	126,7	132,5
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	29,3	46,6	41,1	21,0	-2,7
Einnahmen der Sozialversicherung	636,9	661,9	690,5	710,0	733,9
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	521,6	543,6	567,8	583,3	601,5
Ausgaben der Sozialversicherung	625,9	646,1	678,4	706,7	733,0
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	624,8	644,9	677,3	705,6	731,8
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	11,0	15,9	12,0	3,3	1,0

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum BIP in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

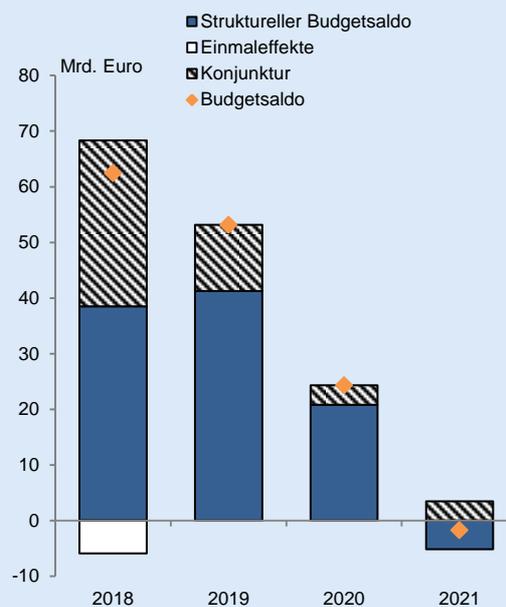
Abbildung 8.1:
Bruttoschuldenstand 2019–2021



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankrettung entstehen: FMS-Wertmanagement und EAA.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; BMF, *Monatsbericht*; eigene Berechnungen und Prognosen.

Abbildung 8.2:
Struktureller Budgetsaldo 2018–2021



Quelle: Europäische Kommission, AMECO; eigene Berechnungen und Prognosen.

9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit

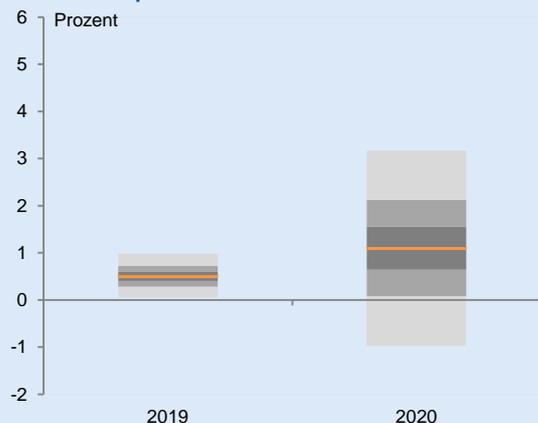
Tabelle 9.1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2019–2021

	2019				2020				2021			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,5	-0,2	0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
Private Konsumausgaben	0,8	0,1	0,4	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,6	0,5	0,3	0,3
Konsumausgaben des Staates	0,6	0,6	0,8	0,7	0,6	0,6	0,6	0,4	0,4	0,4	0,6	0,5
Ausrüstungsinvestitionen	1,5	0,3	-2,6	-2,5	-1,5	0,3	0,5	0,5	0,7	0,7	0,7	0,7
Bauinvestitionen	2,5	-1,1	1,2	-0,5	0,6	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Sonstige Anlagen	-0,6	0,9	1,0	-0,5	0,0	0,2	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsveränderungen	-0,9	0,2	-0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,0	0,3	-0,4	0,0	0,3	0,4	0,4	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4
Ausfuhr	1,6	-1,3	1,0	1,0	0,3	0,5	0,5	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8
Einfuhr	0,8	-0,1	0,1	0,8	0,5	0,6	0,7	0,7	1,0	0,9	0,9	0,9
Außenbeitrag	0,5	-0,6	0,5	0,1	-0,1	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0
Erwerbstätige, Inland	45.179	45.232	45.271	45.330	45.393	45.458	45.521	45.582	45.640	45.695	45.747	45.796
Arbeitslose	2.244	2.264	2.283	2.273	2.263	2.253	2.248	2.248	2.253	2.263	2.273	2.283

Preis-, kalender- und saisonbereinigt Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

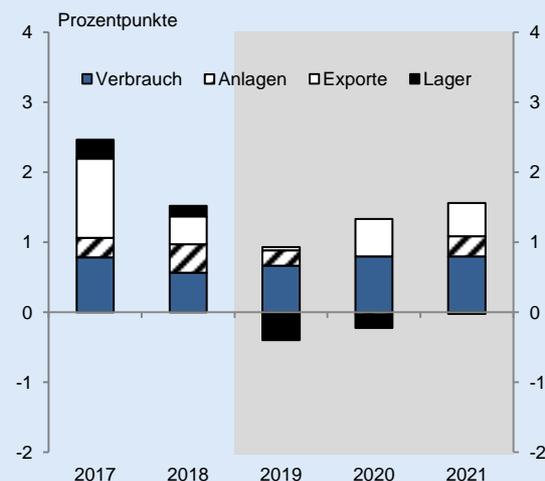
Abbildung 9.1:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2019–2020



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im vierten Quartal der Jahre 1994–2018).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 9.2:
Importbereinigte Expansionsbeiträge 2017–2021



Jahresdaten, preisbereinigt. Berechnung in Anlehnung an Kooths und Stolzenburg (2018).

Quelle: OECD, *Input Output Database*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2018–2021

	2018	2018	2019	2020	2021
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		1,5	0,5	1,1	1,5
Private Konsumausgaben		1,3	1,5	1,5	1,7
Konsumausgaben des Staates		1,4	2,1	2,4	1,9
Anlageinvestitionen		3,5	2,3	0,3	2,5
Ausrüstungsinvestitionen		4,4	0,2	-2,9	2,8
Bauinvestitionen		2,5	3,8	2,2	2,5
Sonstige Anlagen		4,3	2,3	1,0	2,2
Vorratsveränderung		0,3	-0,8	-0,4	0,0
Inländische Verwendung		2,1	1,0	1,0	1,9
Ausfuhr		2,1	1,3	2,8	2,5
Einfuhr		3,6	2,4	2,9	3,6
Außenbeitrag		-0,4	-0,4	0,1	-0,3
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3.344,4	3,1	2,5	3,0	3,3
Private Konsumausgaben	1.743,7	2,8	2,9	2,9	3,3
Konsumausgaben des Staates	665,6	3,3	4,3	4,4	3,7
Anlageinvestitionen	707,7	6,3	5,2	2,6	4,9
Ausrüstungsinvestitionen	235,3	4,9	1,3	-2,3	3,3
Bauinvestitionen	344,3	7,3	8,3	5,7	6,2
Sonstige Anlagen	128,1	5,9	3,9	2,6	3,9
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		21,3	-9,6	-22,8	-24,7
Inländische Verwendung	3.138,3	4,1	2,7	2,8	3,7
Ausfuhr	1.585,8	3,1	2,0	3,4	3,4
Einfuhr	1.379,7	5,5	2,3	3,0	4,2
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		206,1	205,9	219,2	214,6
Bruttonationaleinkommen	3.437,9	3,3	2,7	3,0	3,4
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		1,5	2,0	1,9	1,8
Private Konsumausgaben		1,5	1,3	1,4	1,5
Konsumausgaben des Staates		1,8	2,1	2,0	1,7
Ausrüstungsinvestitionen		0,5	1,0	0,6	0,5
Bauinvestitionen		4,7	4,4	3,5	3,6
Sonstige Anlagen		1,6	1,6	1,6	1,6
Ausfuhr		0,9	0,7	0,6	0,8
Einfuhr		1,8	-0,1	0,1	0,7
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		1,7	1,4	1,5	1,6
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2.503,1	3,0	2,2	2,8	3,3
Arbeitnehmerentgelt	1.771,3	4,5	4,6	3,2	3,1
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		70,8	72,4	72,7	72,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	731,8	-0,5	-3,5	1,7	4,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1.898,5	3,5	3,1	2,8	3,3
Sparquote (Prozent)		11,0	11,1	10,9	10,9
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1.460,9	4,8	4,5	3,4	3,2
Effektivlohn, Stundenbasis		3,0	3,3	2,3	2,6
Lohnstückkosten, Stundenbasis		2,4	3,6	1,7	1,3
Produktivität, Stundenbasis		0,3	-0,1	0,3	1,2
Arbeitslose (1 000)		2.340	2.266	2.253	2.268
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,2	5,0	4,9	4,9
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)	44.854	45.253	45.488	45.719	
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		62,4	53,1	24,3	-1,7
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		1,9	1,5	0,7	-0,0
Öffentliche Schulden (Prozent)		61,7	58,7	56,2	54,7

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2019	2020	2021	2019		2020	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erw erbstätige	0,9	0,5	0,5	1,1	0,7	0,5	0,6
Arbeitsvolumen	0,6	0,8	0,3	0,7	0,6	0,5	1,1
Arbeitszeit je Erw erbstätigen	- 0,3	0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,1	0,0	0,6
Produktivität ¹	- 0,1	0,3	1,2	- 0,2	0,1	0,1	0,4
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,5	1,1	1,5	0,4	0,6	0,6	1,6

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 488,3	2 571,9	2 659,4	1 213,4	1 274,9	1 254,7	1 317,2
Private Haushalte ²	1 794,0	1 846,9	1 907,8	876,3	917,6	902,3	944,6
Staat	694,3	725,0	751,5	337,0	357,3	352,3	372,7
Anlageinvestitionen	744,4	763,6	801,0	359,1	385,3	363,7	400,0
Ausrüstungen	238,3	232,8	240,5	115,7	122,6	110,0	122,8
Bauten	372,9	394,2	418,6	180,0	192,9	188,6	205,6
Sonstige Anlageinvestitionen	133,1	136,6	141,9	63,3	69,8	65,1	71,6
Vorratsveränderung ³	- 9,6	- 22,8	- 24,7	7,6	- 17,2	- 6,8	- 16,0
Inländische Verwendung	3 223,1	3 312,7	3 435,7	1 580,1	1 643,0	1 611,5	1 701,2
Außenbeitrag	205,9	219,2	214,6	106,7	99,2	118,4	100,8
Exporte	1 617,4	1 672,8	1 729,7	803,7	813,7	825,8	847,0
Importe	1 411,5	1 453,6	1 515,1	697,0	714,5	707,5	746,1
Bruttoinlandsprodukt	3 429,0	3 532,0	3 650,2	1 686,8	1 742,2	1 729,9	1 802,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,3	3,4	3,4	3,1	3,5	3,4	3,3
Private Haushalte ²	2,9	2,9	3,3	2,6	3,1	3,0	2,9
Staat	4,3	4,4	3,7	4,1	4,5	4,6	4,3
Anlageinvestitionen	5,2	2,6	4,9	6,4	4,1	1,3	3,8
Ausrüstungen	1,3	- 2,3	3,3	3,1	- 0,3	- 5,0	0,2
Bauten	8,3	5,7	6,2	9,3	7,4	4,8	6,6
Sonstige Anlageinvestitionen	3,9	2,6	3,9	4,5	3,3	2,7	2,5
Inländische Verwendung	2,7	2,8	3,7	3,7	1,8	2,0	3,5
Exporte	2,0	3,4	3,4	1,4	2,6	2,8	4,1
Importe	2,3	3,0	4,2	4,0	0,7	1,5	4,4
Bruttoinlandsprodukt	2,5	3,0	3,3	2,4	2,6	2,6	3,4

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 361,8	2 403,5	2 446,1	1 162,2	1 199,6	1 183,2	1 220,3
Private Haushalte ²	1 707,4	1 733,3	1 763,4	838,4	869,0	851,0	882,3
Staat	654,3	670,0	682,6	323,7	330,6	332,1	337,9
Anlageinvestitionen	682,1	684,3	701,7	330,4	351,6	327,3	357,0
Ausrüstungen	232,0	225,3	231,5	112,6	119,3	106,3	119,0
Bauten	323,9	330,9	339,2	157,4	166,5	159,5	171,4
Sonstige Anlageinvestitionen	126,0	127,2	130,0	60,3	65,7	60,9	66,3
Inländische Verwendung	3 047,0	3 078,6	3 137,5	1 502,6	1 544,4	1 508,1	1 570,5
Exporte	1 577,4	1 621,5	1 662,8	785,3	792,1	802,8	818,7
Importe	1 386,2	1 426,0	1 476,7	683,1	703,2	695,9	730,1
Bruttoinlandsprodukt	3 239,5	3 275,4	3 325,8	1 605,4	1 634,1	1 615,2	1 660,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,7	1,8	1,8	1,4	2,0	1,8	1,7
Private Haushalte ²	1,5	1,5	1,7	1,3	1,8	1,5	1,5
Staat	2,1	2,4	1,9	1,8	2,5	2,6	2,2
Anlageinvestitionen	2,3	0,3	2,5	3,2	1,5	- 1,0	1,5
Ausrüstungen	0,2	- 2,9	2,8	2,0	- 1,3	- 5,7	- 0,3
Bauten	3,8	2,2	2,5	4,2	3,4	1,3	2,9
Sonstige Anlageinvestitionen	2,3	1,0	2,2	2,9	1,7	1,1	0,9
Inländische Verwendung	1,0	1,0	1,9	1,7	0,3	0,4	1,7
Exporte	1,3	2,8	2,5	0,2	2,4	2,2	3,4
Importe	2,4	2,9	3,6	3,1	1,8	1,9	3,8
Bruttoinlandsprodukt	0,5	1,1	1,5	0,4	0,6	0,6	1,6

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2019	2020	2021	2019		2020	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,3	1,4	1,5	1,4	1,3	1,4	1,4
Konsumausgaben des Staates	2,1	2,0	1,7	2,3	2,0	1,9	2,0
Anlageinvestitionen	2,8	2,2	2,3	3,0	2,6	2,2	2,2
Ausrüstungen	1,0	0,6	0,5	1,0	1,0	0,7	0,4
Bauten	4,4	3,5	3,6	4,9	3,9	3,4	3,6
Exporte	0,7	0,6	0,8	1,1	0,2	0,5	0,7
Importe	-0,1	0,1	0,7	0,9	-1,1	-0,4	0,6
Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,9	1,8	2,0	2,0	1,9	1,8

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 409,3	2 470,2	2 534,1	1 188,3	1 221,1	1 220,6	1 249,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	325,7	333,7	341,8	157,8	167,9	162,1	171,6
Bruttolöhne und -gehälter	1 526,4	1 578,0	1 629,1	726,4	800,0	754,5	823,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	557,2	558,5	563,2	304,0	253,2	304,0	254,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	485,8	506,4	542,2	220,2	265,6	219,9	286,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 895,1	2 976,6	3 076,3	1 408,5	1 486,7	1 440,5	1 536,1
Abschreibungen	634,5	659,9	683,0	315,9	318,6	328,5	331,3
Bruttonationaleinkommen	3 529,7	3 636,5	3 759,3	1 724,4	1 805,3	1 769,0	1 867,5
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 557,8	2 630,0	2 717,9	1 240,0	1 317,8	1 267,2	1 362,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	705,7	718,3	747,0	355,8	349,9	350,7	367,6
Arbeitnehmerentgelt	1 852,1	1 911,7	1 970,9	884,2	967,9	916,5	995,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,0	2,5	2,6	2,8	3,3	2,7	2,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,0	2,4	2,4	5,3	4,7	2,7	2,2
Bruttolöhne und -gehälter	4,5	3,4	3,2	4,4	4,6	3,9	2,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,1	2,8	2,6	3,0	3,3	3,1	2,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	-1,8	0,2	0,8	-2,0	-1,6	0,0	0,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-1,0	4,2	7,1	-1,0	-0,9	-0,1	7,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,3	2,8	3,3	2,2	2,5	2,3	3,3
Abschreibungen	4,2	4,0	3,5	4,4	4,1	4,0	4,0
Bruttonationaleinkommen	2,7	3,0	3,4	2,6	2,8	2,6	3,4
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2,2	2,8	3,3	2,0	2,3	2,2	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-3,6	1,8	4,0	-3,7	-3,4	-1,4	5,1
Arbeitnehmerentgelt	4,6	3,2	3,1	4,5	4,6	3,7	2,8

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 495,2	1 549,8	1 613,9	716,1	779,2	745,8	804,0
Nettolöhne und -gehälter	1 024,8	1 061,7	1 107,3	482,4	542,4	502,9	558,8
Monetäre Sozialleistungen	605,2	628,0	651,0	300,6	304,7	312,4	315,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	134,8	139,9	144,4	66,9	67,9	69,5	70,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	557,2	558,5	563,2	304,0	253,2	304,0	254,5
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-95,0	-96,0	-98,0	-49,1	-45,9	-49,5	-46,5
Verfügbares Einkommen	1 957,5	2 012,3	2 079,1	971,0	986,4	1 000,3	1 012,0
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	60,5	61,3	62,2	29,4	31,1	29,8	31,5
Konsumausgaben	1 794,0	1 846,9	1 907,8	876,3	917,6	902,3	944,6
Sparen	224,0	226,7	233,4	124,1	99,9	127,8	98,9
Sparquote (%) ⁶	11,1	10,9	10,9	12,4	9,8	12,4	9,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	4,8	3,7	4,1	4,5	5,0	4,2	3,2
Nettolöhne und -gehälter	5,1	3,6	4,3	4,9	5,2	4,3	3,0
Monetäre Sozialleistungen	4,5	3,8	3,7	4,1	4,8	3,9	3,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	5,7	3,8	3,2	5,8	5,7	3,9	3,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	-1,8	0,2	0,8	-2,0	-1,6	0,0	0,5
Verfügbares Einkommen	3,1	2,8	3,3	2,7	3,5	3,0	2,6
Konsumausgaben	2,9	2,9	3,3	2,6	3,1	3,0	2,9
Sparen	4,4	1,2	3,0	2,6	6,8	3,0	-1,0

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2019	2020	2021	2019		2020	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷							
a) Mrd.EUR							
Einnahmen							
Steuern	825,0	846,6	864,3	415,6	409,4	426,1	420,6
Sozialbeiträge	597,9	614,5	633,4	289,7	308,1	298,6	315,9
Vermögenseinkommen	21,2	20,8	20,4	13,2	8,0	13,0	7,8
Sonstige Transfers	23,9	22,9	23,3	11,3	12,6	10,9	12,0
Vermögenstransfers	12,5	12,8	13,1	5,3	7,2	5,5	7,3
Verkäufe	126,8	131,5	136,1	59,3	67,5	61,6	69,9
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 607,5	1 649,3	1 690,8	794,5	813,0	815,7	833,6
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	477,4	499,5	519,0	229,8	247,6	240,7	258,7
Arbeitnehmerentgelt	269,2	278,4	286,6	129,3	139,9	133,7	144,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	29,0	27,2	26,1	14,8	14,2	13,9	13,3
Subventionen	30,8	32,4	34,4	14,2	16,5	14,9	17,5
Monetäre Sozialleistungen	545,4	567,7	590,2	270,8	274,7	282,3	285,3
Sonstige laufende Transfers	80,2	88,3	93,4	39,0	41,2	43,7	44,6
Vermögenstransfers	38,1	41,8	45,4	13,3	24,8	15,0	26,7
Bruttoinvestitionen	85,5	91,1	98,7	37,8	47,7	39,1	52,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 0,5	- 0,8	- 0,5	- 0,8
Insgesamt	1 554,3	1 625,0	1 692,5	748,4	805,9	782,9	842,1
Finanzierungssaldo	53,1	24,3	- 1,7	46,1	7,0	32,8	- 8,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	3,0	2,6	2,1	2,8	3,2	2,5	2,7
Sozialbeiträge	4,4	2,8	3,1	4,6	4,3	3,1	2,5
Vermögenseinkommen	- 0,5	- 1,8	- 1,8	1,5	- 3,5	- 1,6	- 2,2
Sonstige Transfers	- 3,5	- 3,9	1,6	- 2,4	- 4,4	- 3,1	- 4,7
Vermögenstransfers	- 4,6	2,2	2,3	- 4,3	- 4,9	2,5	2,0
Verkäufe	5,6	3,7	3,5	6,8	4,5	3,9	3,5
Sonstige Subventionen	- 9,5	0,0	0,0	- 24,4	3,1	0,0	0,0
Insgesamt	3,5	2,6	2,5	3,6	3,5	2,7	2,5
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	4,8	4,6	3,9	4,7	4,9	4,8	4,5
Arbeitnehmerentgelt	3,8	3,4	3,0	4,0	3,7	3,4	3,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 8,5	- 6,2	- 4,0	- 8,7	- 8,3	- 6,1	- 6,3
Subventionen	4,0	5,3	6,1	2,4	5,5	4,4	6,1
Monetäre Sozialleistungen	4,9	4,1	4,0	4,4	5,3	4,3	3,9
Sonstige laufende Transfers	7,1	10,1	5,8	6,6	7,5	12,1	8,1
Vermögenstransfers	- 9,8	9,7	8,6	2,6	- 15,3	13,2	7,8
Bruttoinvestitionen	9,2	6,5	8,3	13,4	6,0	3,4	9,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 0,6	0,0	0,0	- 6,9	4,5	0,0	0,0
Insgesamt	4,3	4,5	4,2	4,6	4,0	4,6	4,5

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erw erbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erw erbszw eck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sow ie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18; eigene Berechnungen; Prognose des IfW.

12. Hauptaggregate der Sektoren (Mrd. EUR)

	Gegenstand der Nachweisung	2019				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 086,0	2 085,8	344,0	656,2	–
2 –	Abschreibungen	634,5	365,0	79,3	190,2	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 451,5	1 720,8	264,7	466,1	– 205,9
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 851,2	1 340,7	269,2	241,3	14,4
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,6	14,6	0,3	9,7	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	28,8	27,0	0,2	1,6	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	604,5	392,5	– 4,7	216,7	– 220,3
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 852,1	–	–	1 852,1	13,6
9 –	Geleistete Subventionen	30,8	–	30,8	–	5,5
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	368,2	–	368,2	–	6,8
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	655,0	605,9	29,0	20,1	207,2
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	756,4	374,6	21,2	360,6	105,8
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 895,4	161,2	324,9	2 409,3	– 306,8
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	445,8	94,4	–	351,4	11,5
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	456,9	–	456,9	–	0,5
16 –	Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	733,0	–	–	733,0	4,5
17 +	Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	734,5	135,8	597,9	0,8	2,9
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	612,5	66,3	545,4	0,8	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	605,2	–	–	605,2	7,9
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	357,0	187,9	80,2	88,9	55,1
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	307,5	167,5	23,9	116,2	104,6
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 851,3	115,9	777,9	1 957,5	– 262,7
23 –	Konsumausgaben	2 488,3	–	694,3	1 794,0	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 60,5	–	60,5	–
25 =	Sparen	363,0	55,4	83,6	224,0	– 262,7
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	67,4	18,6	38,1	10,7	4,1
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	57,6	24,5	12,5	20,5	13,9
28 –	Bruttoinvestitionen	734,8	418,9	85,5	230,4	–
29 +	Abschreibungen	634,5	365,0	79,3	190,2	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 3,0	– 2,5	– 1,3	0,8	3,0
31 =	Finanzierungssaldo	255,9	9,9	53,1	192,8	– 255,9
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 851,3	115,9	777,9	1 957,5	– 262,7
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	441,2	–	441,2	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	441,2	–	–	441,2	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 851,3	115,9	336,7	2 398,7	– 262,7
38 –	Konsum 2)	2 488,3	–	253,1	2 235,2	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 60,5	–	60,5	–
40 =	Sparen	363,0	55,4	83,6	224,0	– 262,7

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*; Prognose des IfW.

	Gegenstand der Nachweisung	2020				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 178,5	2 145,9	357,3	675,4	–
2 –	Abschreibungen	659,9	379,2	83,4	197,3	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 518,6	1 766,7	273,9	478,1	– 219,2
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 910,9	1 382,7	278,4	249,7	15,0
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	25,4	14,8	0,3	10,4	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	30,4	28,5	0,2	1,7	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	612,8	397,6	– 4,6	219,8	– 234,2
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 911,7	–	–	1 911,7	14,2
9 –	Geleistete Subventionen	32,4	–	32,4	–	5,5
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	379,0	–	379,0	–	7,3
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	648,4	602,9	27,2	18,3	214,5
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	753,9	376,1	20,8	357,0	109,0
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 976,6	170,8	335,6	2 470,2	– 323,7
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	456,2	94,8	–	361,4	11,8
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	467,6	–	467,6	–	0,5
16 –	Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	753,1	–	–	753,1	4,6
17 +	Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	754,6	139,3	614,5	0,8	3,1
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	636,4	68,0	567,7	0,8	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	628,0	–	–	628,0	9,1
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	371,7	191,6	88,3	91,7	56,5
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	321,0	177,6	22,9	120,4	107,2
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 930,2	133,2	784,7	2 012,3	– 277,4
23 –	Konsumausgaben	2 571,9	–	725,0	1 846,9	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 61,3	–	61,3	–
25 =	Sparen	358,3	71,9	59,7	226,7	– 277,4
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	71,9	19,1	41,8	11,1	4,3
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	61,5	27,1	12,8	21,6	14,8
28 –	Bruttoinvestitionen	740,8	405,3	91,1	244,4	–
29 +	Abschreibungen	659,9	379,2	83,4	197,3	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,5	– 1,1	– 1,3	0,8	1,5
31 =	Finanzierungssaldo	268,4	54,9	24,3	189,2	– 268,4
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 930,2	133,2	784,7	2 012,3	– 277,4
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	458,8	–	458,8	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	458,8	–	–	458,8	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 930,2	133,2	325,9	2 471,1	– 277,4
38 –	Konsum 3)	2 571,9	–	266,2	2 305,8	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 61,3	–	61,3	–
40 =	Sparen	358,3	71,9	59,7	226,7	– 277,4

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW.

	Gegenstand der Nachweisung	2021				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 1\ S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 283,9	2 223,2	368,9	691,9	–
2 –	Abschreibungen	683,0	391,9	86,8	204,2	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 601,0	1 831,2	282,0	487,7	– 214,6
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 970,1	1 426,2	286,6	257,2	15,6
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	26,4	15,0	0,3	11,1	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	32,3	30,3	0,2	1,9	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	636,8	420,2	– 4,7	221,3	– 230,2
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 970,9	–	–	1 970,9	14,7
9 –	Geleistete Subventionen	34,4	–	34,4	–	5,5
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	392,7	–	392,7	–	7,5
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	651,9	608,9	26,1	16,9	224,1
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	762,2	383,0	20,4	358,8	113,9
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 076,4	194,3	348,0	2 534,1	– 323,6
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	460,0	98,3	–	361,7	12,1
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	471,6	–	471,6	–	0,5
16 –	Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	774,4	–	–	774,4	4,7
17 +	Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	775,9	141,7	633,4	0,8	3,2
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	660,2	69,1	590,2	0,8	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	651,0	–	–	651,0	9,7
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	383,6	195,5	93,4	94,7	57,9
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	331,6	183,5	23,3	124,8	109,9
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 028,3	156,6	792,7	2 079,1	– 275,6
23 –	Konsumausgaben	2 659,4	–	751,5	1 907,8	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 62,2	–	62,2	–
25 =	Sparen	369,0	94,4	41,1	233,4	– 275,6
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	76,5	19,5	45,4	11,6	4,5
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	65,3	29,6	13,1	22,6	15,7
28 –	Bruttoinvestitionen	776,4	417,9	98,7	259,8	–
29 +	Abschreibungen	683,0	391,9	86,8	204,2	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 2,8	– 2,4	– 1,3	0,9	2,8
31 =	Finanzierungssaldo	267,3	80,9	– 1,7	188,1	– 267,3
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 028,3	156,6	792,7	2 079,1	– 275,6
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	474,9	–	474,9	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	474,9	–	–	474,9	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 028,3	156,6	317,8	2 554,0	– 275,6
38 –	Konsum 2)	2 659,4	–	276,6	2 382,7	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 62,2	–	62,2	–
40 =	Sparen	369,0	94,4	41,1	233,4	– 275,6

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW.

Literatur

- Bazel, P., J. Mintz und A. Thompson (2018). 2017 Tax Competitiveness Report: The Calm Before the Storm. The School of Public Policy Publications, Vol. 11:7. February.
- Biggs, M., T. Mayer und A. Pick (2009). Credit and economic recovery. DNB Working Paper 218. De Nederlandsche Bank, Amsterdam.
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (2018). *Sozialbudget 2018*. Berlin.
- Boysen-Hogrefe, J., und D. Groll (2019). Zur Aufwärtsrevision der Löhne und Gehälter durch das Statistische Bundesamt. IfW-Box 2019.9. Via Internet (10.12.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2019/zur-aufwaertsrevision-der-loehne-und-gehaelter-durch-das-statistische-bundesamt-0/>>.
- Gern, K.-J., P. Hauber, S. Kooths, S. Möhle und U. Stolzenburg (2019). Weltkonjunktur bleibt vorerst ohne Schwung. Kieler Konjunkturbericht 61 (2019|Q4). Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Jannsen, N. (2019). Deutsche Industrieproduktion schwächer. *Wirtschaftsdienst* 99 (11): 811–812.
- Kooths, S. (2019). Konjunkturpolitik der ruhigen Hand. *Wirtschaftsdienst* 99 (11): 751–754.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2019). Industrie in der Rezession – Wachstumskräfte schwinden. Via Internet (10.12.2019) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/gemeinschaftsdiagnose/gemeinschaftsdiagnose-herbst-2019-industrie-in-der-rezession-wachstumskraefte-schwinden-0/>>.